

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Landbote. 1849-1934 1923

119 (27.10.1923)

Ercheint bis auf weiteres einmal Samstag.
Bezugspreis: Durch die Post bezogen und durch den Briefträger u. andere Aussträger ohne Befreiung für November 90 000 Mk. mal Schlüsselzahl freibleibend.
Der Bezugspreis ist im Voraus zu entrichten.
In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Geschäftszeit 10-5 Uhr, Sonntags geschlossen.
Fernsprechanruf Nr. 11.
Postfach-Konto Karlsruhe Nr. 4903.

Der Landbote

Sinsheimer Zeitung Begründet 1839

General-Anzeiger für das Elsenz- und Schwarzbachtal

Älteste und verbreitetste Zeitung dieser Gegend. Haupt-Anzeigen-Blatt.

Anzeigen-Preise:
Anzeigen: Die 42 mm breite Millimeter-Zeile 50 Mk.
Familien-Anzeigen 40 Mk.
Reklamen: Die 87 mm breite Millimeter-Zeile 150 Mk.
mal Schlüsselzahl, wie sie vom Verein deutscher Zeitungsverleger für alle Zeitungen verbindlich jede Woche festgesetzt wird.
Grundgebühr im Anzeigen- und Textteil 10 Mk.
Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der bei Nichtzahlung innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum oder bei gerichtlicher Beitreibung und bei Konkurs erlischt.
Anzeigen werden nicht unerkant und für Aufnahmen an bestimmten Tagen sowie für telefonische Aufträge keine Gewähr übernommen.
Anzeigen-Aufnahme bis 8 Uhr vormittags; größere Anzeigen müssen am Tage vorher aufgegeben werden.

Nr. 119. Samstag, den 27. Oktober 1923. 84. Jahrgang

Die Reichseinheit in Gefahr.

Bayern und Reich.

Die Spannung zwischen dem Reich und Bayern ist zu einer Höhe gestiegen, wie noch nie seit Bestehen des Reiches. Nach den Aufstufen und Entfällen herüber und hinüber könnte man meinen, es müsse jeden Augenblick zum Marschieren kommen. Die schlimmste Zuspitzung ergibt sich daraus, daß General v. Seeckt die bayerische Reichswehr an ihren Treueid mahnt, während die bayerische Regierung „bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich“ die Reichswehr für Bayern in Eid und Pflicht nimmt. Die Grundfesten des Reichs geraten in Erschütterung. Das fehlte gerade noch!

Wie kam es zu dieser Hochspannung? Der „Bölkische Beobachter“, bekanntlich ein sehr unhöflicher Kamerad, hatte den General v. Seeckt beleidigt. Der Reichswehrminister gibt den Befehl an den bayr. Truppenkommandeur General v. Lossow, den „Bölk. Beobachter“ zu verbieten. General v. Lossow tut das nicht, sondern gibt den Befehl an den bayr. Generalstaatskommissar weiter, der ihn als einen Eingriff in seine Rechte auffaßt. Eine Bagatelle an sich, aber sie rührt an die wichtigsten grundsätzlichen Fragen des Reichsstaatsrechts und der militärischen Disziplin. Der Reichswehrminister will nach vergeblichen Vermittlungsversuchen den ungehorsamen General entlassen, worauf ihn zur Antwort die bayr. Regierung ihrerseits zum Landeskommandanten der bayr. Reichswehrruppen ernannt. Man sieht, jeder Zug des Reichswehrministers, sein Recht in Bayern fühlbar und geltend zu machen, wird von Bayern mit einem scharfen Gegenzug pariert. Mit feinerer Folgerichtigkeit verfolgt Bayern den einen Granatgranaten, daß das Reich in Bayern nichts zu sagen habe.

Bayern versucht seine Stellung staatsrechtlich zu stützen, (s. u.). Damit wird es nun außerhalb Bayerns nicht viel Eindruck machen, aber immerhin, es streitet mit dem Schwert des schon öfter herangeholten Art. 48 der Reichsverfassung und gibt nicht nach. Das Reichswehrministerium hat den unitarischen Geist der Reichsverfassung von Weimar und die strengen Befehle der militärischen Disziplin auf seiner Seite. Bayern aber sträubt sich gegen nichts. Es steht, wie gegen den unitarischen Geist von Weimar, Treu zum Reich, ja, aber in seiner alten Sonderstellung innerhalb des Reiches. Dieses Streben zieht sich wie ein roter Faden durch seine Politik der letzten Jahre, und in soweit hat man es bei dem heutigen bayerischen Vorgehen offenbar mit einem Glied in einer Kette, mit einem von langer Hand vorbereiteten Akt zu tun. Der Kampf gegen den Marxismus mag Herrn von Kahr ernst sein, aber er paßt in den vorliegenden Fall nicht hinein, denn es kann doch wohl weder der Reichswehrminister Gehler noch der General Seeckt ernsthaft als Marxist angeprochen werden. Aber der Augenblick, einen Fortschritt „weg von Weimar“ zu machen, schien in München da, als das zweite Kabinett Stresemann ins Leben trat. Die schroff betonte bayerische Gegnerschaft gegen das Ermächtigungsgesetz, das einem Ministerium dieser Zusammenfassung nicht in die Hand gegeben werden könne, war schon ein bedrohliches Donnern des nahenden Gewitters. Nun hat der Blitz eingeschlagen und die Flammen schlagen aus dem Dach.

Die Reichseinheit spricht selten ein reines Recht oder Unrecht. Aber daß Bayern sich durch die heutige Lage des Reichs nicht davon abhalten ließ, gerade jetzt eine Kraftprobe zu machen, dieser Vorwurf kann ihm auch von dem nicht erpariert werden, der sonst sehr viel für Bayerns Verdienste um den Wiederaufbau einer gesunden Staatsauffassung in Deutschland übrig hat. Jetzt gilt es aber nicht zu richten über Recht und Unrecht, sondern jetzt gilt es, den Brand zu löschen, habe ihn angezündet, wer immer es sein mag. Die Beratung im Reichsrat mag die Brücke bilden, ihrer Vorbereitung wird ja wohl auch die heutige Besprechung der südd. Minister aus Heßeln, Baden und Württemberg in Stuttgart gelten. Es darf nicht zum Bruch kommen — der Fluch der kommenden Geschlechter läge auf dem, der sich mit einer solchen Schuld belastet!

Die Vorgeschichte der jetzigen Konflikte mit Bayern.

Berlin, 20. Okt. Ueber die Vorgeschichte des Konflikts zwischen der bayerischen Regierung und dem Reichswehrminister teilen die Berliner Blätter folgendes mit:
Unmittelbar nach der Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes richtete das Münchener national-sozialistische Organ, der „Bölkische Beobachter“, scharfe Angriffe gegen den Chef der Heeresleitung, General v. Seeckt. Als dann der bayerische Generalstaatskommissar v. Kahr das Ersuchen des Reichswehrministers, den „Bölkischen Beobachter“ zu verbieten, ablehnte, erfolgte das Verbot des Blattes durch den Reichswehrminister selbst. Trotdem erschien das Blatt weiter. Nun erteilte General v. Lossow den Befehl, das Verbot auszusprechen und nötigenfalls mit Gewalt durchzuführen. General von Lossow lehnte in einem offenen Telegramm an den General v. Seeckt die Ausführung dieses Befehls ab, der ihn in einen Konflikt mit der bayerischen Regierung bringe. Nun eröffnete der General v. Seeckt dem Wehrkreiskommandeur, daß er sein Vertrauen nicht mehr habe und daraus seine Konsequenzen ziehen möchte. Das tat Herr v. Lossow nicht. Für die Reichsregierung war die Situation vollkommen klar. General v. Lossow war als ein treuer General zu behandeln, der auf seinem Posten nicht bleiben konnte. Mit Rücksicht auf die Gefahr der außenpolitischen Lage war die Regierung bemüht, einen Ausgleich herbeizuführen. Der Reichswehrminister selbst hat den Versuch gemacht, durch den bayerischen General Kref von Kressenstein

v. Lossow zur Einreichung seines Abschiedes zu veranlassen. Dieser Versuch des Generals v. Kressenstein scheiterte. Die Erledigung des Falles soll in der Weise erfolgen, daß der ungehorsame General offiziell entlassen wird.

Offene Aufsehnung Bayerns.

München, 20. Okt. Die bayerische Staatsregierung hat heute abend einen Aufruf erlassen, in dem mitgeteilt wird, daß sie im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung in Bayern und zur Wahrung der bayerischen Belange bis zur Wiederherstellung des Einvernehmens zwischen Bayern und dem Reich die bayerischen Teile der Reichswehr ihrerseits als Treuhänderin des deutschen Volkes in Pflicht genommen, den General von Lossow als bayerischen Landeskommandanten eingesetzt und mit der Weiterführung der bayerischen Division beauftragt hat. Ein Teil der bayerischen Reichswehrruppen hat die Verpflichtung auf die bayerische Regierung abgesetzt und Treuekundgebungen nach Berlin gerichtet.

Eine geplante Sitzung des Reichsrats abgelehnt.

Berlin, 24. Okt. Die für heute anberaumte Sitzung des Reichsrats, der zu der Frage des bayerischen Verfassungsbruchs Stellung nehmen sollte, ist abgelehnt worden. Die zu dieser Sitzung nach Berlin gekommenen Ministerpräsidenten der Landesregierungen versammelten sich beim Reichskanzler zu einer Besprechung.

Bayerns Sonderwunsch.

München, 24. Okt. Wie Ihr Korrespondent erfährt, hat die bayerische Regierung ihrer Hoffnung Ausdruck gegeben, daß in der heutigen Sitzung des Reichsrats den bayerischen Wünschen nach einer verhältnismäßig Lösung Rechnung getragen werden würde, wobei die Dinge weniger rückwärtswendend als in die Zukunft gehen, d. h. mit Berücksichtigung der noch angestrebten bayerischen Wünsche behandelt würden. Hierin ist wohl ein Hinweis auf die weitere Ausgestaltung der staatlichen Finanzhoheit Bayerns zu erblicken.

Treue und Gehorsam.

Berlin, 23. Okt. Der Oberkommandierende des Wehrkreises I hat im Namen der Kommandeure der 1.—6. Division und der 1.—3. Kavalleriedivision dem Chef der Heeresleitung, General von Seeckt, das Vertrauen und unerschütterliche Gehorsam versichert.

Die Lage in Bayern.

In der Stellung der streitenden Parteien gegen einander hat sich seit dem Vortag noch nichts verändert, weder zum Guten, noch zum Schlechten. Man verharret beiderseits auf dem einmal eingenommenen Standpunkt und verteidigt ihn mit allen verfügbaren Mitteln. Insbesondere versteht es die bayerische Seite, die öffentliche Meinung für sich zu bearbeiten, während die Reichsregierung sich mehr zurückhält. Die letztere hat sich am Montag in einer Kabinettsitzung mit der bayerischen Frage beschäftigt, aus der man soviel erfährt, daß es bei der Verweigerung des Handels vor dem Reichsrat kein Bemühen haben soll. Ueber die Haltung der bayerischen Regierung glaubt der „Berl. Lok.-Anz.“ mitteilen zu können, daß von München vor der für Mittwoch in Aussicht genommenen Sitzung des Reichsrats weitere konkrete Schritte nicht zu erwarten seien. Man sei in München „geneigt“ — richtiger würde gesagt, man sei dort sehr beflissen — den Fall Lossow als eine politische Angelegenheit zu betrachten, der mit politischen Mitteln behandelt werden müsse. Gerade das sei aber der Zweck, der bevorstehenden Erörterung im Reichsrat, der man inselgedessen mit einer gewissen Zuversicht entgegenzusehen könne. Hoffen wir das Beste! Die bayr. Staatszeitung faßt den Auftag des bayerischen Generalen v. Preger im Reichsrat dahin zusammen, Verwahrung dagegen einzulegen, daß man versucht, den rein politischen Charakter der Angelegenheit beiseite zu schieben und ihr einen militärischen Anstrich zu geben. Hier liege die Wurzel des Konflikts, der wohl beizulegen wäre, wenn man die Dinge so betrachtete würde, wie sie sich aktuell entwickelt haben und nicht Kompetenzen in Anspruch nimmt, die in diesem Falle durchaus unbedeutend seien. Das ist aber nur eben die Streitfrage, wo die Grenzen der Kompetenzen liegen.

Das Ergebnis der Verständigungsaktion.

Berlin, 25. Okt. W. L. B. meldet: An Stelle der zur Besprechung der bayerischen Frage geplanten Reichsratsitzung fand heute nachmittag in der Reichskanzlei eine Sitzung der Ministerpräsidenten und der Gesandten der Länder statt. Der bayerische Gesandte von Preger legte die bayerische Auffassung über den Konflikt dar und erklärte, Bayern sei durchaus reichstreu, habe aber den Wunsch nach einer Minderung der Ueberspannung des unitarischen Gedankens der Reichsverfassung. Nach längeren Besprechungen wurde folgende Erklärung einstimmig angenommen:

In dem Konflikt zwischen Bayern und dem Reich stellen sich die Vertreter der Länder einmütig auf den Standpunkt der Reichsregierung. Sie halten eine schnelle Regelung der Personalfrage für nötig. Um ähnlichen Konflikten für die Zukunft vorzubeugen, verlangen die Länder einmütig die baldige Umwandlung des militärischen Ausnahmezustandes in einen zivilen. Im Einvernehmen mit dem Reichskanzler halten die Vertreter der Länder es für erwünscht, daß Verhandlungen über die fernere Gestaltung der Verhältnisse von Reich und Ländern

im Sinne einer größeren Selbständigkeit der Länder zur geeigneten Zeit eingeleitet werden.

Im Anschluß hieran erklärte der Reichskanzler die Bereitwilligkeit der Regierung zur Verständigung. Die Reichsregierung sei ferner zu Verhandlungen über eine größere Selbständigkeit der Länder bereit. Schließlich sei die Reichsregierung gewillt, sobald es die Verhältnisse irgendwie gestatten, den Reichsausnahmezustand vollkommen aufzuheben, oder den militärischen Ausnahmezustand in einen zivilen umzuwandeln.

Besserung der Lage.

München, 25. Okt. In München gilt heute die Lage als wesentlich gebessert. Es wird jetzt zugestanden, daß der Funkanspruch des Generals von Lossow an andere Kommandostellen im Reich ohne Kennnta's verantwortlicher bayrischer Staatsmänner hinausging und teilweise Mißbilligung fand. Andererseits ist man hier der Auffassung, daß die Personenfrage, soweit sie den General von Lossow betrifft, nicht von entscheidender Bedeutung für die weitere Entwicklung der Berliner und Münchener Beziehungen sein kann, vorausgesetzt, daß von beiden Seiten vor allen Dingen in der Form der Wunsch obwaltet, hieraus nicht fernherin etwas wie eine Machfrage zu machen. Jedenfalls dürfte es nicht in den Wünschen einflussreicher bayerischer Stellen liegen, eine Personenfrage im Kommando ausschlaggebend zu machen für die auch hier gewünschte Wiederannäherung eines guten Verhältnisses zum Reich. Der nächste Schritt liegt der Reichsregierung ob. Man hat hier auch den Eindruck, daß diese beabsichtigt, mit konkreten Vorschlägen an Bayern heranzutreten. Bis zur Stunde ist das allerdings noch nicht geschehen.

Ein Tag der Schmach für Sachsen.

Dresden, 20. Okt. Der sächsische Ministerpräsident der sich seit langem von den Kommunisten als Werkzeug im Kampf gegen die Reichswehr benützen läßt, hat gestern im Landtag einen neuen Vorstoß gegen die Reichswehr unternommen. Die Sprecher der bürgerlichen Parteien, auch der Demokraten, bezeichneten die Worte des Ministerpräsidenten als glatten Landesverrat. Ministerpräsident Dr. Zeigner erklärte u. a.: Frankreich sei über alle Dinge, die sich in der Reichswehr abspielen, genau unterrichtet. Es sei Tatsache, daß das Reich eine illegale Armee habe, allerdings, wie es scheint, ohne daß die Reichsregierung davon etwas wisse. Ende September und Anfang Oktober hätten rings um Berlin an zahlreichen Orten schwarze Organisationen sich erhoben sollen, was nur durch das Eingreifen der preussischen Landespolizei verhindert worden sei. Im Lager von Königsbrück seien diesen Sommer über Leute über 6 Wochen lang ausgebildet worden. Hunderte und Tausende von Mitgliedern dieser illegalen Organisationen seien in diesen Tagen zur Reichswehr gegangen und bemannet worden. Die Entente wisse von diesen Dingen und werde eine Aenderung erzwingen. Der Abg. Kaiser (D. Sp.) erwiderte hierauf u. a., es wäre besser gewesen, dieser 18. Oktober 1923 wäre in der Geschichte Sachsens nicht erschienen, denn heute am Völkerschlaggedenktag seien die ersten Anzeichen eines Wiedererwachens Deutschlands dem Feinde preisgegeben worden. Richtiger wäre es vom Ministerpräsidenten gewesen, die Dinge, die er vorbrachte, vor das betreffende Forum zu bringen, wo der Reichswehrminister Gelegenheit gehabt hätte, seinen Standpunkt zu vertreten. Die illegalen Organisationen bewiesen doch seiner Ansicht nach nur die Sehnsucht des deutschen Volkes nach einer Wehrmacht. Diese Entwicklung werde auch der sächsische Ministerpräsident nicht aufhalten, wenn er auch noch so sehr gegen die Reichswehr vorgehe. In der Sitzung kam es natürlich zu sehr erregten Debatten. Dabei rief der sozialistische Abgeordnete Menke, der zugleich Dresdener Polizeipräsident ist, dem deutschnationalen Abgeordneten Bauler zu: Sie sind der erste, der an den Laternenpfahl kommt. Fürwahr ein würdiges Oberhaupt der Polizei!

Frankreich erklärt die Pfalz für autonom!

„Zur Sicherheit Frankreichs“.

Speyer, 24. Okt. Heute vormittag 12 Uhr fand eine Sitzung des Kreistages der Pfalz statt. Der stellvertretende Vorsitzende, Geheimrat Dr. Beyersdorfer (Bayerische Volkspartei), richtete zu Beginn der Sitzung an General de Metz die Bitte, daß die Gefangenen baldigst freigelassen werden und die Ausgewiesenen ihre Heimat wiedersehen dürfen. Hierauf gab er dem Vertreter der Interalliierten Rheinlandkommission, Major Lutz, das Wort, der folgende Erklärung abgab:

„In Anbetracht, daß der gegenwärtige Zustand nicht andauern kann, ohne schließlich die allernotwendigsten moralischen und materiellen Interessen der Bevölkerung zu gefährden, in Anbetracht ferner der heutigen unruhigen und gefährlichen Lage in Bayern ist von heute die Pfalz als autonomer Staat mit einer provisorischen Regierung bis zur weiteren Entwicklung der Ereignisse gebildet. Dieser autonome Staat Pfalz verpflichtet sich feierlich und unbedingt gegenüber der Höhen Interalliierten Kommission, für die Gegenwart und für die Zukunft zur strengsten Loyalität und Mitarbeit in der Erfüllung sämtlicher Verpflichtungen, soweit sie zur Garantie der geschuldeten Reparationen und der sonstigen Sicherheit Frankreichs (!) erforderlich sind.“

Der pfälzische Kreis lehnt die französische Autonomieerklärung ab.

Mannheim, 24. Okt. Nachdem sich die Parteien des Kreistages in Speyer mit der Erklärung des Vertreters der Rheinlandkommission beschäftigt hatten, wurde die Sitzung wieder eröffnet. Zunächst verlas der Vorsitzende nochmals die Erklärung des Vertreters der Rheinlandkommission und bemerkte, daß der Kreistag nach den geltenden Bestimmungen des Para-

graphen 18 der Reichsverfassung in der vorliegenden Frage in keiner Weise zuständig sei; der Antrag gelte für den Reichstag vorläufig als erledigt. Der Vorsitzende verlas darauf eine ihm vorher zugegangene Mitteilung, daß in der Nacht von gestern auf heute das Reichskabinett sowohl wie die bayerische Regierung sich eingehend mit der Frage beschäftigt haben. Die Reichsregierung wie die bayerische Regierung habe die Bildung eines neuen Staates in jeglicher Form als Landesverrat abgewiesen. (Stürmische Zustimmung im Hause wie auf den Tribünen.) Darauf wurde die Sitzung geschlossen. Später fanden Besprechungen zwischen Vertretern verschiedener Korporationen mit General de Mey statt.

Die sogenannte „Loslösung der Pfalz“, die am Mittwoch die Gemüter erschütterte, stellt sich als eine Wache eines Teils der pfälzischen Sozialdemokratie unter Führung des Abg. Hoffmann-Kaßerslautern dar. Und zwar kehrte sie ihre Spitze nicht gegen das Reich, dem wollten sie treu bleiben, sondern gegen Bayern, das ihnen als Hort der Reaktion verachtet ist. Im Berliner „Vorwärts“ sowohl, wie in der Ludwigschafener „Pfälzischen Post“ wurde der Abfall von Bayern offen verkündigt, „nachdem die bayerische Regierung die Reichsverfassung gebrochen habe und sich in offener Rebellion gegen die deutsche Republik befindet. Die Ver. soz. dem. Partei der Pfalz habe die Initiative ergreifen zur Bildung eines selbstständigen Staates im Verbandslande des Reichs, damit die durch das Vorgehen der bayrischen Reichshaber schwer gefährdete Pfalz beim Deutschen Reich erhalten bleibe. Daß sich solch eine winzige Art von Reichstreue mit Hilfe des Landesfeinds glaubte durchsetzen zu können, ist im besten Fall der Gipfel der Naivität, wenn nicht Schlimmeres dahinter steckt. Für die Herren in München mag der Speyerer Staatsrechtler immerhin eine Warnung sein, den Bogen ihrer Eigenpolitik nicht zu überspannen. Der Fall selbst scheint für den Augenblick erledigt, wenn ihm nicht die Befugungsbehörde die natürlich mit allen zehn Fingern nach ihm greift, eine weitere Folge gibt.

Die Haltung der Münchner Regierung.

München, 25. Okt. Die bayerische Regierung nahm gegenüber den Bestrebungen des Reichstagsabgeordneten Hoffmann-Kaßerslautern und Genossen, einen autonomen Pfalzstaat zu errichten, folgenden Standpunkt ein:

- 1. Den Beamten wird verboten, sich einer verfassungswidrigen Regierung in der Pfalz zur Verfügung zu stellen.
2. Die bayerische Staatsregierung wird alle Rechte der Beamten wahren.
3. Nahrungs- und Geldmittel, sowie alle andern bisher bewilligten Subventionen unterbleiben gegenüber einer Pfalzrepublik.

Diese Bestimmungen treten für den Augenblick in Kraft, in welchem eine verfassungswidrige Regierung in der Pfalz proklamiert wird.

Es ist selbstverständlich, daß die bayerische Regierung gegenüber Loslösungsversuchen in der Pfalz zur Abwehr schreitet. Aber man hat nicht nur im außerbayerischen Deutschland, sondern auch in weiten Kreisen der Pfalz das Gefühl, daß man gerade der Regierung des Freistaates Bayern das moralische Recht, in Rundgebungen, wie sie vom Ministerpräsidenten von Knilling erlassen worden sind, andere des Hocherrats zu zeigen, nicht so unbedingt zusprechen darf, solange Bayern so schroff und ohne Rücksicht auf das Reichsinteresse gegen die Weimarer Verfassung Sturm läßt.

Baden und Württemberg.

Engerer Zusammenschluß?

Stuttgart, 25. Okt. Ein alsbaldiger engerer Zusammenschluß Württembergs mit Baden wird neuerdings von den größeren badischen Städten angestrebt, jedoch ist an eine Verschmelzung der beiden Staaten dabei nicht gedacht. Von den Antragstellern wurde betont, daß unter keinen Umständen an den Gedanken der deutschen Reichseinheit gerüttelt werden darf. Von württembergischer Seite wird diese Anregung die bekanntlich schon vor einigen Jahren Gegenstand von Beratungen zwischen den beiden Staaten war, aber damals wegen des Widerstandes von Baden nicht durchgeführt wurde, lebhaft begrüßt.

Für die Einheit des Reiches.

Eine Rundgebung deutscher Wirtschaftsverbände.

Berlin, 23. Okt. Die unterzeichneten wirtschaftlichen Ver-

bände halten es für ihre Pflicht, in diesem Augenblick schwerster Not des Vaterlandes mahnend ihre Stimme zu erheben. Nur durch die politische, wirtschaftliche und kulturelle Einheit ist das Deutsche Reich groß geworden. Nur durch diese Einheit war es möglich, der stets wachsenden Bevölkerung Arbeit und Brot zu verschaffen. Jetzt, in der Zeit des Unglücks, heße es den Tod der Wirtschaft herbeiführen, heße es alle Hoffnung auf den Wiederaufstieg für absehbare Zeit begraben, wenn nicht die Einheit des Reiches und sein einheitliches Wirtschaftsgebiet gewahrt werden. Deutscher Handwerks- und Gewerbetag, Deutscher Industrie- und Handelstag, Zentralverband des Deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Hansabund für Gewerbe, Handel und Industrie, Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, Reichsverband des deutschen Handwerks, Reichsverband der deutschen Industrie, Reichsverband der Privatversicherung, Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, Zentralverband des deutschen Großhandels.

Die rheinischen Separatisten am Werk.

Die Söldlinge der Franzosen heñigen die innere Spannung, um einen neuen Vorstoß zur Gründung einer rheinischen Republik zu machen. Am Sonntag ist die Bewegung an verschiedenen Stellen aufgeflakert. In Aachen hat eine Horde von 2 bis 3000 Mann die Regierungsgebäude besetzt. Ähnliche Bewegungen werden aus Düren (?) und anderen kleineren Orten gemeldet. Der Bonner Stadterwaltung war Nachricht zugegangen, daß ein Separatistenhaufen im Amarsch auf die Stadt set. Sie hatte davon die französische Befugungsbehörde verständigt mit dem überraschenden Ergebnis, daß daraufhin die Polizei in Bonn schleunigst entwañfnet wurde. Offenbar, damit sie nicht imstande sei, irgend welchen Widerstand zu leisten. Die deutsche Regierung hat dagegen sofort in Paris scharfen Protest einlegen lassen und Poincare hat sich wohl gefügt, daß er mit solch plumphen Mitteln nicht arbeiten dürfe. Sedenfalls ist das Auswärtige Amt schon am Sonntag abend von dem französischen Volschafster unterrichtet worden, daß auf Befehl des französischen Ministerpräsidenten die Bonner Polizei ihre Waffen zurückerhielt unter der Bedingung, daß sie nicht auf „harmlose politische Demonstranten“ schießen dürfe. Mit dieser kautschukartigen Einschränkung kann man auf französischer Seite die Weiterentwicklung mit Gemütsruhe abwarten. Wie die Franzosen mit den Sonderbündlern zusammenarbeiten, davon nur noch 2 Beispiele: In Berlin liegen Nachrichten vor, daß in Mainz am Sonntag nachmittag bereits Anschläge verbreitet wurden, wonach die Ausrufung der Republik in Aachen von der Bevölkerung mit Jubel angenommen worden sei, wovon tatsächlich keine Rede ist. In Erang bei Trier aber ist den deutschen Eisenbahnern auferlegt worden, daß sie Mitglieder der rheinischen Volkspartei würden und einen besonders hohen Betrag zahlten, wovon ihre Wiedereinstellung abhängig gemacht würde! Die deutsche Regierung hat in Paris gegen dieses Vorgehen entschieden Verwahrung einlegen lassen.

Die Lage im Rheinland.

Köln, 24. Okt. Die Kölnische Zeitung meldet folgende Einzelheiten aus dem Rheinland: In Düren haben die Sonderbündler die Bevölkerung mit Revolvern von der Straße vertrieben. Man vermutet, daß sie über Nacht abziehen werden, wie auch in Aachen. Aus Tülich sind die Sonderbündler hinausgeworfen. Auch dort herrscht der Belagerungsstand. In Mönchengladbach war es auf den Straßen unruhig. Gerüchtweise verlautete, daß die Sonderbündler wieder in einen Straßenteil eingedrungen sind. Der Belagerungsstand ist verhängt worden; die Verwaltung soll in Händen der Gewerkschaften liegen. Es kam hier zu Straßenkämpfen, die mehrere Tote erforderten; unter ihnen soll sich der sonderbündlerische Bürgermeister von Mönchengladbach befinden. Aus Rheyd sind die Sonderbündler hinausgeworfen worden. In Erefeld wurde gestern abend 9 1/2 Uhr der erste Angriff der Sonderbündler abgeschlagen; weitere Angriffe stehen aber wohl bevor. In Duisburg sind die öffentlichen Gebäude von Sonderbündlern besetzt. Die Befugung hat, um Blutvergießen zu vermeiden, verboten daß die Polizei einschreite und ihr die Schutzaffen abgenommen; die Dienstwaffen wurden ihr gelassen. Als Leiter der Bewegung werden Kampmann und Klinkenberg genannt. In Koblenz wo Dr. Kremers die Bewegung leiten soll, sind die Sonderbündler aus den Regierungsgebäuden entwichen. Alle öffentlichen Gebäude befinden sich wieder in den Händen der deutschen Regierung und die Sonderbündler sind abgezogen. In Bonn ist das Rathaus noch von der Befugung abgeperrt, die Bevölkerung ist aber guten Mutes.

Die Pariser Stimmung gegenüber der Bewegung im Rheinland. Paris, 23. Okt. Trotz größter Zurückhaltung die von maßgebenden französischen Kreisen gegenüber der Bewegung im Rheinland vorläufig noch bemächtigt wird und trotz der Unklarheit über den Umfang der Bewegung beginnen allmählich doch die Linien der französischen Politik gegenüber der Möglichkeit einer rheinischen Republik erkennbar zu werden. Aus den Besprechungen der Blätter merkt man, daß die Bewegung keine ungeteilte Freude hervorgerufen hat. Man scheint zu fühlen, daß die Dinge doch sehr kompliziert sind und scheint einzusehen, daß die Separatisten nicht die Mehrheit der rheinischen Bevölkerung hinter sich haben. Besonders in wirtschaftlichen Kreisen empfindet man die Schwierigkeiten stark. Die Wirkungen haben sich bereits in einem starken Fallen des französischen Franken bemerkbar gemacht.

Nachwirkungen.

Aus gut unterrichteten Kreisen des Ruhrgebiets wird mitgeteilt: Die Entwicklung der Verhältnisse in Bayern und der Aachener Handstreich haben die ohnehin kritische Lage im Ruhrgebiet bis zum äußersten verschärft. In allen politisch führenden Kreisen wird mit großer Bestimmtheit betont, daß das Zusammenreffen der Ereignisse in München und Aachen der schwerste Schlag war, der das besetzte Gebiet in dieser entscheidungsschweren Stunde habe treffen können. Die auffassung weitest Kreise gehe dahin, daß die maßgebenden französischen Kreise jetzt die Weiterentwicklung der innerdeutschen Verhältnisse abwarten wollen. Der Aachener Handstreich wiederum wird mit der Zuspitzung der Lage an der Ruhr auch in direkte Verbindung gebracht. Es darf kein Zweifel bestehen darüber, daß ihre Auswirkungen die Lage im Ruhrgebiet am schwersten belasten. Wenn auch die separatistische Propaganda im Ruhrgebiet in den letzten Wochen sich gesteigert hat, so besteht doch zu besonderen Befürchtungen von dieser Seite her kein Anlaß. Degegen darf nicht verhehlt werden, daß die politischen Kreise des Auslandes, die hinter den Sonderbündlern stehen, jetzt mit allen Mitteln dahin arbeiten werden, auch die Abtrennung des Ruhrgebiets politisch durchzuführen. Der Ausgang der laufenden Verhandlungen wird erweisen, wie stark die Kreise sind, die vorläufig auf indirektem Wege die politische Abtrennung des Ruhrgebiets durchzuführen versuchen.

Flaute bei den Sonderbündlern.

Mit einigem Optimismus darf man die rheinische Sonderbündlerbewegung wohl heute schon als vorläufig verkracht erklären. Wohl gelangt es den „rheinischen Truppen“, auf deutsch landesvertretischen Horden noch da und dort, Rathaus oder Regierungsgebäude zu besetzen und ihre mitgebrachten grünweiß-roten Fahnen zu hissen, denn Franzosen und Belgier fesseln die Arme der gesetzlichen Gewalt. Aber an anderen Stellen sind die Sonderbündler nach anfänglichem Erfolg wieder hinausgeworfen, nennen wir das Kind beim Namen: hinausgeprügelt worden. Jedenfalls ist von irgend welchem großen elementaren Siegeszug der Bewegung keine Rede. Von der Befugung Aachens ist schon berichtet worden, in Koblenz und Mönchengladbach ist es ähnlich gegangen und auch in Mainz und Wiesbaden scheint die Separatistengewalt auf Teile der Stadt beschränkt und im Wanken. An andern Plätzen hat man sie schon gar nicht hereingelassen. Die Gewerkschaften treten bei der Führung des Widerstandes vorteilhaft hervor. Was wäre aus dem ganzen Kummel ohne die schützende Hand der Befugungsmächte geworden! Dabei muß als ein Kennzeichen der Lage noch hervorgehoben werden, daß der Pariser „Matin“ bereits in die alte kaum entwöhnte Kriegsgreuelaserei zurückfällt, indem er sich aus Aachen berichten läßt, von einem belgischen Offizier seien drei deutsche Polizisten festgenommen worden, die hinter Frauen und Kindern verdeckt, auf die rheinischen Republikier geschossen hätten! Höher gehts nicht mehr.

Die ver. politischen Parteien des Rheinlandes veröffentlichen folgenden Aufruf.

Rheinländer! Bewaffnete Banden der Sonderbündler versuchen in einer Anzahl rheinischer Orte die öffentlichen Gebäude zu besetzen und sich der Verwaltung zu bemächtigen. Sie vermehren dadurch in verbrecherischer Weise das Unglück unseres Volkes. Rheinländer! Vertraut in diesen schweren Tagen unseres Landes Euren Führern! Habt Vertrauen zu den politischen Parteien! Sie sind sich ihrer Aufgabe und Verantwortung bewußt und werden ihre Pflicht tun. Größer denn je ist gegenwärtig die auf uns allen lastende Verantwortung.

Wenn die Schatten weichen.

Roman von Ferdinand Kunkel.

25) Auf einmal, dachte Ritter, das ist mir ja ganz neu. Wahrscheinlich hat der mexikanische Bierengel diese Vorliebe für meine Frau erweckt. In welchem Verhältnis nur stand er zur Gräfin? Sicherlich war er ihr Liebhaber. Aber nein! Ritter begann zu zweifeln, denn sie wäre doch nicht so unklug gewesen, ihren Liebhaber mit sich aufs Schloß zu nehmen. Sie, die so sehr viel auf ihr Ansehen in der Gesellschaft hielt. Und wenn sie ernste Absichten mit ihm hatte, so wäre es doppelt unklug gewesen, als alleinstehende Dame den Bräutigam vorher zu sich einzuladen auf das öde, ziemlich abgelegene Winterschloß. Verzeihen Sie, lieber Ritter, der Marquis ist gewöhnt, nach Tisch ein wenig zu musizieren. Haben Sie etwas einzusenden? „O im Gegenteil. Ich möchte sogar, wenn das nicht unbeschwerden ist, darum bitten. Musik ist die einzige Kunst, die Eindruck auf mich macht.“ „Tun Sie doch nicht so bescheiden, lieber Freund, ich weiß, daß Sie ein ganz passabiler Musiker sind.“ „Es ist wirklich nicht an dem, gnädigste Gräfin.“ Ich habe seit vielen Jahren keine Note mehr gespielt.“ „Auch keine spielen hören?“ fragte der Marquis. „Eigentlich nicht, denn das bischen, was unsere Kattenhäuser Stadtpfeifer konzertieren, kann man wohl nicht zur Musik rechnen. Sie sind Musiker vom Fach, Herr Marquis?“ Ritter hatte absichtlich den schroffen Ton von vornhin fallen lassen, denn er sah ein, daß er auf diesem Wege nichts erreichte, und der ebenso leicht erregte, wie leicht wieder beruhigte Südländer ging mit Freuden auf den Frieden ein, den ihm der deutsche Bär geboten hatte, er antwortete darum in demselben verbindlichen Ton: „Ich bestrebe mich wenigstens, es zu werden.“ „Er ist zu bescheiden, der Marquis, glauben Sie mir Ritter, er ist zu bescheiden. Meiner Ansicht nach ist er heute schon Sarafate ebenbürtig.“

„Sie sind gütig, gnädigste Gräfin, aber, verzeihen Sie, auch ein wenig kritikal.“ „Wollten Sie gleich schweigen, Paolo, und mich nicht korrigieren.“ „Sie müssen wissen, Herr Oberförster, die Gnädigste möchte mich absolut zum Genie stempeln, und ich möchte es ja auch gerne sein, nur um einen Teil der Dankeschuld abzutragen.“ „Nun seien Sie aber ganz still, Paolo, sonst werde ich wirklich böse. Ich habe ihn nämlich in Wien unter einer Zigeunerkapelle aufgesehen.“ „Wirklich aufgesehen,“ warf lächelnd der Mexikaner ein. „Und im Zigeunerkostüm,“ fügte die Gräfin hinzu. „Sie wundern sich, mein Herr, aber sehen Sie, nach dem Untergang des Kaiserthums in Mexiko waren einige Hidalgofamilien dem österreichischen Maximilian treu geblieben und nach Konfiskation ihres Vermögens nach Wien geflüchtet. So auch meine Eltern, die den Tod ihres Kaisers nicht lange überlebten. Ich stand allein, meine arme indianische Wärterin sorgte für mich, so gut sie konnte, aber sie konnte nicht gut. Ich mußte früh Geld verdienen helfen, und so war ich auf die Musik angewiesen, weil es damit am leichtesten ging. Ich weiß nicht mehr, wann ich in die Zigeunerkapelle kam, ich weiß nur, daß ich solange ich denken kann, alle möglichen Instrumente spielen mußte, daß ich mit den teils echten, teils unechten Zigeunern in der ganzen Welt herumreiste und schließlich sozusagen eine große Stellung in der Musikbande einnahm. Da entdeckte mich meine gütige Freundin und machte aus dem armen Zigeunermusikanten wieder einen Hidalgo.“ „Eine etwas phantastische Geschichte, nicht wahr?“ „Ja, sehr,“ antwortete der Oberförster, und es war ihm nicht möglich, ein mokaantes Lächeln zu unterdrücken. „Sie wollen, daß ich spiele, meine gütige Herrin?“ fragte jetzt der Marquis die Gräfin. „Wenn Sie Stimmung dazu haben.“ „Ich habe immer Stimmung. Künstlerleben hat mir unser Zigeunervater zeitig ausgetrieben.“ Nach diesen Worten verließ er das Zimmer, um seine Geige zu holen. Ritter trat auf die Gräfin zu und erfaßte zitternd vor Erregung ihre Hände.

„Was soll die Komödie, Mira, sage mir nur eins, was soll das?“ „Um Gottes willen, Du erschreckst mich durch deine Leidenschaft.“ „Sag mir, was ist dir der schwarze Kerl, der glatte Abenteuerer?“ „Nichts, nichts, ich wollte ein gutes Werk tun, um die Sünde zu büßen, die ich an Lövau begangen hatte. Da habe ich ihn aus dem Sumpf hervorgezogen zu einem menschenwürdigen Dasein, ihn in die Gesellschaft zurückgeführt, zu der er nach seinem Herkommen gehört.“ „Paß, so ein Marquistitel ist billig. Wenn ich mich in Meriko Fürst Ritter nenne, kräht kein Hahn demach.“ „Aber er nannte sich ja nie so, nur mit Mühe habe ich seinen wirklichen Namen ermittelt.“ „Nun sage mir noch das eine, liebst du mich noch?“ „Ach, warum quälst du mich so.“ „Sag es mir, oder es gibt ein Unglück. Ich muß es wissen, denn ich gehe zugrunde in der Ungewißheit. Laß mich nicht in Zweifel, oder es geschieht etwas Furchterliches. Ich bin nicht Herr meiner selbst, es packt und schüttelt mich, wie der Sturm die Tannen. Es rast in meinem Kopf wie Wahnsinn, ich weiß nicht, was ich tue, wenn du mich...“ „Um Gottes willen, beherrsche dich nur jetzt, ich liebe dich ja noch.“ „Und er ist dir nichts?“ „Nichts, nichts, als der Freund, der mir durch seine süßen Töne die traurigen Stunden verkürzen hilft. Er ist mein David, der das Gespenst des Trübfinns von mir scheidet, das Gespenst des erschossenen Lövau. Ach, warum hast du das getan?“ „Wer sagt dir, daß ich's getan habe?“ „Mein Herz, mein Gewissen, alles um mich her.“ „Und wenn ich's getan hätte, so hättest du nicht das Recht, mir Vorwürfe zu machen. Für wen habe ich's denn getan, wenn ich's getan habe, als für dich, für dich, und du bist mir entwichen, ich konnte dich nicht halten. Aber jetzt bist du hier und wehe dir, wenn du mir wieder...“ „Still, still, er kommt zurück.“ (Fortsetzung in der Beilage.)

Strefemann über das besetzte Gebiet.

Die Kaiserreise nach Hagen.
Ber. 24. Okt. Der Reichskanzler die Reichsminister Sollmann und Fuchs und der preussische Ministerpräsident Braun werden sich heute abend nach Hagen i. W. begeben, um mit den Vertretern der politischen Parteien und der Berufe über die Lage in den besetzten Gebieten zu sprechen.

Besprechungen in Hagen.

Hagen, 25. Oktober. Im Kreishaus zu Hagen fand heute eine Besprechung über die Lage im besetzten Gebiet statt, an der der Reichskanzler mit den Ministern für die besetzten Gebiete und des Innern, der preussische Ministerpräsident und Vertreter der politischen Parteien und Wirtschaftskreise aus verschiedenen Teilen des besetzten Gebietes teilnahmen.

Zu den gegenwärtigen separatistischen Putschversuchen bemerkte der Reichskanzler, daß nach wie vor die Zurückweisung solcher unterlandloser Bestrebungen erwartet werden müsse und daß für die Reichsregierung und die Länderregierungen jeder Gedanke einer Loslösung der besetzten Gebiete vom Reich und den Ländern selbstverständlich unverändert sei.

An die Darlegungen des Reichskanzlers, denen der preussische Ministerpräsident für die preussische Staatsregierung in vollem Umfange beirat, schloß sich eine mehrstündige Aussprache. Vor allem wurde dabei von den Vertretern des besetzten Gebietes auf die mit der ungesicherten Erwerbslosigkeit und der Lebensmittelpnot für die besetzten Gebiete verbundene Gefahr hingewiesen. Die Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für die besetzten Gebiete wurde als besonders dringlich bezeichnet.

Bruch mit Frankreich.

Eine Verständigung ausgeschlossen

Berlin, 19. Okt. Von einer mit den politischen Absichten des Reichskanzlers durchaus vertrauten Seite wird dem Berliner "Börsen-Courier" geschrieben:

Wir stellen somit endgültig jegliche Reparationsforderung und jegliche Reparationszahlung an Frankreich ein und sind uns der Konsequenz voll und bewusst, daß diese uns durch die äußerste Not diktierte Maßnahme wahrscheinlich den Bruch mit Frankreich bedeuten wird. Erst vor kurzem haben die Anhänger der äußersten Rechten den Bruch mit Frankreich verlangt und dem Reichskanzler Mangel an Mut vorgeworfen, als er dies damals ablehnte. Herr Dr. Strefemann wußte sehr wohl, aus welchem Grunde er den Zeitpunkt des offenen Bruches mit Frankreich noch verschoben mußte.

Die Verantwortung für die Arbeitslosigkeit.

Paris, 23. Okt. Die Verhandlungen zwischen den unter Führung von Stannes erschienenen deutschen Großindustriellen und der französisch-belgischen Ingenieurkommission über die Wiederaufnahme der Reparationslieferungen sind ergebnislos verlaufen. Stimmes erklärte es für unmöglich, die Kohlenlieferung für die Zeit des Widerstandes und für die künftige Zeit zusammen zu bezahlen.

Deutscher Antrag an die Reparationskommission.

Paris, 24. Okt. Regierungsrat Meyer hat heute vormittag als Vertreter der deutschen Kriegslastenkommission in Paris der Reparationskommission eine Note der deutschen Regierung überreicht, in der diese beantragt, gemäß Artikel 234 des Vertrags von Versailles in eine Prüfung der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands einzutreten und den Vertretern der deutschen Regierung Gelegenheit zu geben, den gegenwärtigen Stand der Hilfsmittel und der Leistungsfähigkeit Deutschlands im einzelnen darzulegen, sowie ihre Maßnahmen zur Sanierung des Budgets und zur Stabilisierung der Währung mitzuteilen.

Die deutsche Regierung stellt in der Note ausdrücklich fest, daß sie grundsätzlich bereit ist, die Leistungen aus dem Versailler Vertrage an diese Mächte wieder aufzunehmen, daß aber ansonsten die wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie sich

seit Januar entwickelt haben, der deutschen Regierung tatsächlich die Möglichkeit genommen haben, die nötigen Geldmittel aufzubringen, die für die Zahlung der Reparationsleistungen erforderlich sind.

Betriebseinstellung der Bergwerke.

Köln, 25. Okt. Wie der "Kölnischen Volkszeitung" aus dem Ruhrgebiet gemeldet wird, steht es nunmehr fest, daß vom kommenden Montag ab alle Zeche im besetzten Ruhrgebiet ihre Tore schließen. Für die Notstandsarbeiten wird eine kleinere Belegschaft weiter beschäftigt. Der Grund zu diesem furchtbaren Schritt liegt in den völlig ergebnislosen Verhandlungen der industriellen Vertreter mit den französischen Behörden in Düsseldorf.

Eine Londoner Drohrede gegen Frankreich.

London, 24. Okt. Der Ministerpräsident von Südafrika General Smuts, der in der britischen Weltpolitik eine große Rolle spielt, erklärte in einer Rede auf einem Essen des südafrikanischen Klubs zur europäischen Lage:

Die Jahre seien seit der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Versailles vergangen; aber einen Frieden gebe es noch nicht. Der Krieg sei nun auf das wirtschaftliche Feld übertragen, wo er heftiger und zerstörender geführt werde als während des Krieges. Alle Sieger und Besiegte, gingen dem unvermeidlichen Untergang entgegen. Das internationale Chaos wachse, überall sehe man bewaffnete Männer und riesige Heere, sogar in den neuen und kleinen Staaten, die sich dies unmöglich leisten könnten.

Die schwarzen Horden Afrikas seien herbeigerufen worden, um das moralische und politische Gleichgewicht Europas wiederherzustellen. Die menschlichen Grundzüge würden überall verhöhnt und entwürdigt. Die Zeit sei gekommen für die Einberufung einer großen Konferenz der Mächte, die hauptsächlich an der Reparationsfrage interessiert seien. Weder die Reparationskommission noch der Völkerbund sollten ersucht werden, die Frage zu lösen. Sie hätten nicht die Macht der Verantwortlichkeit die auf den Regierungen der Mächte ruhe.

Smuts erklärte weiter, der Reparationsgesamtbetrag müsse auf eine vernünftige Summe ermäßigt werden und nach dem letzten Schriftwechsel der britischen, französischen und belgischen Regierung scheine es möglich, zu einer derartigen vernünftigen Summe zu gelangen. Jedenfalls sei ein Moratorium von etwa 2 Jahren für Deutschland notwendig, bevor die Zahlungen begännen, damit Deutschland seine Währung stabilisieren könne. Es könnten keinerlei Reparationszahlungen von Deutschland geleistet werden, solange die Ruhrbesetzung fortbauere, die Angehörige der Ruhrbesetzung müsse ohne weitere Verzögerung zu einer unsichtbaren Besetzung gemacht werden. Die Verbindung mit den übrigen Teilen Deutschlands müsse wiederhergestellt werden. Eine ernste Verantwortung ruhe auf Frankreich.

Die wirtschaftliche und politische Auflösung Deutschlands würde eine außerordentliche, nicht wieder gutzumachende Katastrophe für Großbritannien und die zentral-europäischen Staaten sein. Großbritannien müsse deutlich erklären, daß es unter diesen Umständen die notwendigen Schritte für seine eigenen Interessen tun werde, ohne Rücksicht auf ihre Wirkungen auf alle Freundschaften.

Das britische Volk beginne bereits ernstlich durch die französischen Heubungen zu Land und zu Luft beunruhigt zu werden. Die französische Regierung habe auch kleinen Nationen große Summen geliehen, um ihren militärischen Hunger zu stillen. Es bestehe die Gefahr, daß eine Politik allzu großen Edelmutes in der Frage der alliierten Schulden Frankreich in den Stand setze, den Militarismus auf dem Kontinent mit Geld zu unterstützen. Wenn die Dinge so fortbauerten, werde Großbritannien gezwungen sein, sich zu seiner Selbstverteidigung wieder zu bewaffnen.

Ein deutscher Tag in New York.

New York, 22. Okt. Auf dem von den Vereinigungen der Deutschen New Yorks veranstalteten Deutschen Tag wurde einmütig unter stürmischer Zustimmung von 5000 Anwesenden eine Entschließung angenommen, worin die 7500000 amerikanischen Bürger deutscher Herkunft aufgerufen werden, Deutschland in der Stunde der Gefahr zu helfen, und worin deren Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit gelenkt wird, für eine angemessene finanzielle Unterstützung zu sorgen, um Deutschland ehe es auseinanderfällt, wieder aufzurichten.

Von Rhein und Ruhr.

Die Deutschen vogelfrei.

Siegerübermut feiert auf den Gesichtern der französischen Soldateska im Ruhrgebiet. Tag für Tag werden Städte in zunehmendem Maße Kontributionen auferlegt, erfolgen Beschlagnahmungen von Billionen, werden neue Schulen mit Truppen belegt, werden Hausverrichtungen, Möbel, Druckereierzeugnisse, Maschinen, Lokomotiven weggenommen — kurz, wird das besetzte Gebiet systematisch ausgeraubt. Wehe dem Deutschen, der sich nicht willig alles gefallen läßt! Immer unerschämter wird auch das Verhalten gegen Frauen und Mädchen und aus allen Orten ertönen Klagen, daß man sich abends nicht mehr ungeschützt auf der Straße aufhalten kann. Betrunkene Soldaten fordern Bässe ab, belästigen Mädchen und Frauen, haften und mißhandeln die Männer. In Bresdenfeld bei Hattingen wurde bei hellem Tage ein auf dem Feld arbeitendes Mädchen von Franzosen überfallen und vergewaltigt, so daß es im Krankenhaus darniederliegt. An den Grenzstationen werden unter nichtigen Vorwänden weibliche Personen, die mit den Spitzhüten kommen, festgehalten und eingesperrt, den größten Schmähungen ausgesetzt, wenn nicht Schlimmeres passiert. Allgemein sind die Klagen über die Ausschreitungen betrunkener Offiziere und Soldaten. Die belgisch-französischen Truppen sind vielfach verlobert. Nichtstun und schweigerisches Leben aus Kosten der hungernden Bevölkerung haben sie demoralisiert. Und unter solchen Umständen soll ein kulturell hochstehendes Volk Sklavenarbeit leisten!

Furchtbare Tage.

Essen, 20. Okt. Für das besetzte Gebiet tritt mit dem heutigen Tage das Ende der finanziellen Reichsunterstützung ein. Die wirtschaftliche Lage erfährt dadurch eine ungeheure Erschwerung, die in ihren Auswirkungen vorläufig gar nicht abzuschätzen ist. Die Situation wird durch die Nachricht, daß die Arbeitsgemeinschaft der nordwestlichen Gruppe der rheinisch-westfälischen Metallindustrie die striktose En-lasung von Angehörigen und Arbeitern und die Verkürzung der Arbeitszeit beschlossene, blickartig erhellt. Es kommt hinzu, daß die Fran-

osen mit aller Absicht den ungehemmten wirtschaftlichen Verkehr mit dem Reiche weiter unterbinden, der allein eine wirtschaftliche Erleichterung schaffen könnte. Trotz Einstellung des passiven Widerstandes hält man die strengste Passkontrolle zwischen dem besetzten und unbefetzten Gebiete aufrecht. Es wird sogar davon gesprochen, daß die Grenzperre wieder verfügt werden wird.

Neue Wirtschaftsmaßnahmen.

Notmaßnahmen.

Berlin, 23. Okt. Zur Behebung der Schwierigkeiten, die sich infolge der Steigerung des Dollarkurses und der dadurch hervorgerufenen Stodung des Warenverkehrs ergeben haben, hat die Reichsregierung eine Anzahl einschneidender Maßnahmen und Verordnungen erlassen. Neben Durchführung dieser Verordnungen betreibt die Reichsregierung die Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel mit äußerstem Nachdruck. In großem Umfange werden kleine Stücke der Goldbanknote hergestellt und in Kürze ausgegeben. Bei der maßgebenden Bedeutung der Devisenkurse für die gesamte innere Preisberechnung sieht sich die Reichsregierung erneut zu Eingriffen in die Kursfestlegungen gezwungen. Die Vorschriften über den Handel mit ausländischen Devisen und Dollarschekenanweisungen werden deshalb mit einigen der Zeit entsprechenden Änderungen durch eine besondere Verordnung erneut in Kraft gesetzt. Die Inhaber von Geschäften mit Gegenständen des täglichen Lebens müssen nach einer weiteren Verordnung ihre Verkaufsräume werktätig zu den üblichen Stunden zur Abgabe von Waren offen halten und ihre Waren gegen Zahlung in deutscher Mark abgeben. Zumberhandlungen sind mit hohen Geld- und Freiheitsstrafen bestraft. Gleichzeitig wird gegen Plünderung, Wegnahme von Waren und dergl. mit schärfster Strafe gedroht.

Zwang zum Kartoffelverkauf in Bayern.

Der bayerische Generalstaatskommissar hat, wie uns aus München gemeldet wird, soeben eine Anordnung getroffen, wonach jeder Landwirt, ausgenommen die kleinsten Besitzer, von seinem Kartoffelertrag 30 Prozent bis zum 17. November weiterverkaufen haben muß. Reichswehr und Landespolizei werden bei der Bestellung von Lastkraftwagen mitwirken.

Es wird gesparrt.

Berlin, 22. Okt. Nachdem der Reichspräsident mit Rücksicht auf die Finanzlage des Reiches bis auf weiteres auf die Hälfte der ihm zustehenden Aufwandsgehälter verzichtet, ordnete nunmehr auch das Auswärtige Amt mit sofortiger Wirkung eine einschneidende Kürzung der Gehälter der Auslandsbeamten an. Mit ganz wenigen Ausnahmen wurden die Gehälter des Gesandtschaftspersonals in der ganzen Welt durchschnittlich um 10 Prozent, zum Teil auch um höhere Sätze herabgemindert. Die Gehälter der Gesandten wurden um zwölf, die der Votschafter um fünfzehn Prozent gekürzt.

Erhöhung der Arbeitszeit auch für die Behörden.

Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird haben im Reichsministerium des Innern Besprechungen zwischen der Regierung und den Organisationsvertretern der Beamten und Angestellten über eine Erhöhung der Leistungen bei den Behörden des Reiches, der Länder und der Gemeinden stattgefunden. Die Regierung verlangte eine Erhöhung der möglichen Arbeitsstundenzahl von 48 auf 56. Die Gewerkschaftsvertreter gaben die Erklärung ab, daß über diese Frage erst endgültig verhandelt werden könne, wenn die Regierung über den Entwurf des Beamtenabgabegesetzes schlüssig geworden sei. Wie verlautet, ist dieser neue Entwurf in großen Zügen jetzt fertiggestellt.

Ultimative Forderungen der Gewerkschaften.

Berlin, 24. Okt. Der ADGB hat gestern im Beisein von Beauftragten der örtlichen Spitzenkörper der Reichsregierung folgende Forderungen zur Behebung der gegenwärtigen katastrophalen Notlage der Arbeitnehmerschaft in ultimativer Form unterbreitet:

- 1. Sofortige Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn- und Gehaltsempfänger.
2. Heranschaffung und Berechtigung der notwendigen Lebensmittel.
3. Anpassung der Löhne an die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge.
Sollte die Reichsregierung diese Forderungen nicht umgehend zurücknehmen, werden die Spitzenorganisationen zu weiteren Maßnahmen greifen.

Unerhörte Gewalttätigkeit der Berliner Buchdrucker.

Berlin, 24. Okt. Eine Funktionäerversammlung der Berliner Buchdrucker hat heute nachmittag den Beschluß gefaßt, die Notepresse und die gesamte bürgerliche Presse stillzulegen, falls von seiten der Regierung nicht das Verbot der "Roten Fröhe" aufgehoben wird.

Zu sbe Folgeschwere bei Durchführung dieser Drohung für unser gesamtes politisches und wirtschaftliches Leben sowie für die sozialen Verpflichtungen des Staates erübrigt es sich, in einer Stunde näher einzugehen, in der das Reich ohnehin in der dauernden Gefahr schwebt und die Ausschaltung der öffentlichen Meinung uns einer weiteren Waffe im Kampfe gegen den Feind berauben würde.

Kein Streik.

Berlin, 25. Okt. Die Gefahr eines Buchdruckerstreiks, von dem auch die Notendruckereien betroffen worden wären, ist abgewendet. Heute vormittag traten die Vorstände der Ortsverwaltungen und die Funktionäre im Buchdruckgewerbe zusammen, um zu den gestrigen ergebnislosen Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium Stellung zu nehmen und über einen eventuellen Streik im graphischen Gewerbe Beschluß zu fassen. Die teilweise sehr erregte Debatte dehnte sich bis in den späten Nachmittag aus. Bei der Abstimmung über die Frage eines Streiks ergab sich eine knappe Dreifünftel-Mehrheit für den Streik. Aber die Streikleitung, die sich daraufhin konstituierte, wurde nur von den Kommunisten befehligt, während die gewerkschaftlich organisierten Vorstände der Ortsverwaltungen sich weigerten, sich an der Streikleitung zu beteiligen. So kam nur eine Kumpfstreikleitung zustande, die nach kurzer Beratung verkündete, daß der Streik vorläufig noch nicht in Kraft treten soll; es sollen zuvor noch Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen und den Gewerkschaften geführt werden. Aus Gewerkschaftskreisen erfährt Ihr Korrespondent, daß mit dem Ausbruch eines Streiks auf keinen Fall zu rechnen sei, da die Gewerkschaften dem kommunistischen Plan völlig abweisend gegenüberstehen. Ueberdies sei durch den Beschluß der gestrigen Ministerkonferenz, in kurzer Zeit anstelle der Militärdiktatur eine Zivilverwaltung treten zu lassen, einer der Hauptforderungen des kommunistischen Flügels der Boden entgegen.

Baden.

Beabsichtigte Zwangsaufgabe an die Landwirtschaft.

Karlsruhe, 20. Okt. Amtlich wird bekanntgegeben: Die wirtschaftliche Not lastet zur Zeit schwerer denn je auf der Bevölkerung der Städte. Trotz eifrigsten Bemühens der Regierung und mit Hilfe der landwirtschaftlichen Organisationen, der Stadtverwaltung und der Verbrauchergenossenschaften, der Kartoffelversorgung in den Städten sicherzustellen, ist es noch nicht entfernt gelungen, die genügende Menge von Kartoffeln aufzubringen. Ganz abgesehen davon, daß es durch die hohe Preislage der großen Mehrheit der städtischen Bevölkerung unmöglich ist, sich mit Wintervorräten einzudecken, bleibt die Zufuhr von Kartoffeln für den täglichen Verbrauch und für die aller- notwendigste Notstandsversorgung völlig unzulänglich. Vor dem Eintritt der Herbstfröste muß unbedingt für eine genügende Kartoffelzufuhr gesorgt werden. Der badische Minister des Innern hat darum die Vorstände der Bezirksämter beauftragt, die Bürgermeister ihrer Amtsbezirke zu einer Konferenz zusammenzurufen und ihnen den Ernst der Lage noch einmal in dringendster Form darzustellen. Tatsächlich sind die Ernährungsverhältnisse in den Städten, wie bereits verschiedene Teuerungsdemonstrationen zeigen, äußerst kritisch. Erst in den letzten Tagen haben solche Demonstrationen, die von unverantwortlichen Elementen auch politisch mißbraucht werden, in Mannheim zu schweren Störungen der öffentlichen Ordnung und zum Verlust von Menschenleben geführt; an anderen Orten drohen solche Störungen. Eine große Verantwortung liegt darum in dieser Zeit auf der badischen Landwirtschaft. Sollten die Ermahnungen der badischen Regierung ungehört bleiben, dann wird die Regierung gezwungen sein, eine Zwangsaufgabe zur Kartoffellieferung durchzuführen. Die Regierung hat Auftrag gegeben, für die Ausschreibung einer Kartoffelumlage die nötigen Arbeiten zu treffen. Nur wenn die Landwirtschaft freiwillig abzuliefern sich bereit erklärt, kann die Regierung auf die Durchführung dieses Planes verzichten.

Einführung des Viehmarktzwanges in Baden.

Nachdem sich Bayern gegenüber den anderen Reichsgebieten in der Viehexport fast gänzlich abgeperrt hat und auch Württemberg sehr zurückhaltend in der Ausfuhr von Vieh geworden ist, wird die Fleischversorgung in Baden immer schwieriger. Das badische Ministerium des Innern beabsichtigt deshalb die Einführung des sog. Viehmarktzwanges für Baden. Nach diesem Viehmarktzwang muß alles badische Vieh zunächst den badischen Viehmärkten zum Verkauf angeboten werden. Dadurch soll die Fleischversorgung der badischen Bevölkerung sichergestellt werden und erst wenn das Vieh auf den badischen Märkten nicht angekauft wird, soll die Ausfuhr gestattet werden. Die Einführung von Gefrierfleisch ist übrigens fast zur Unmöglichkeit geworden, da die Metzger nicht das Geld aufbringen können, um das Gefrierfleisch anzukaufen.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage schreitet weiter. Arbeitslosigkeit bzw. Kurzarbeit nehmen immer größeren Umfang an, kaum eine Berufsgruppe bleibt verschont. In der Kürzweilener Bijouterie-Industrie erhöhte sich die Zahl der Kurzarbeiter um 5359 Personen gegenüber einem Stande von 36 565 in der Vorwoche. Auch in der übrigen metallverarbeitenden Industrie sinkt der Beschäftigungsgrad weiterhin. Die Büstenfabriken im Biesental arbeiten verkürzt. In der Tabakindustrie des Bruchsaler und Lahrer Bezirkes nehmen Kurzarbeit, Betriebsstilllegungen ihren Fortgang, weitere Betriebseinstellungen sind angekündigt. Die Verschlechterung der Lage im Baugewerbe nimmt zu. Für Hausangestellte macht sich ein Rückgang offener Stellen bemerkbar, auf der anderen Seite ist ein gegenüber früher vermehrtes Kräfteangebot für derartige Stellen festzustellen. Betriebsbeschränkungen (Einführung von Kurzarbeit) erfolgten bei zirka 100 Betrieben. Es sind davon insgesamt zirka 4700 männliche und 1200 weibliche Arbeitskräfte betroffen.

Aus Nah und Fern.

+ Sinsheim, 25. Okt. (Glockenweihe.) Nun endlich nach der Tag, an dem unserer Gemeinde die Glocken wieder in vielstimmiger Weise erklingen sollen. Am nächsten Sonntag findet in der ev. Stadtkirche im Hauptgottesdienst die feierliche Weihe der von Herrn Fabrikant Paul Ziegler und dessen Gemahlin Frieda geb. Kaufmann im Andenken an seinen verstorbenen Vater gestiftete Glocke statt. Die bereits geweihte katholische Glocke wird schon um 1/2 10 Uhr zum Gottesdienst laden. Am festlichen Zuge werden die Geistlichen, der Kirchengemeinderat und Kirchenausschuß, die Mitglieder des Kirchenchors, die Vereine und die Schulfugend, geladene Gäste und wer sonst von Gemeindegliedern sich anschließt, sich vom Pfarrhaus in die Kirche begeben. Gemäß wird sich die ganze Gemeinde an diesem denkwürdigen Tage in der festlich geschmückten Kirche einfinden. Möge Segen ausgehen von dieser Feierstunde. Am Samstag Mittag findet in Anwesenheit eines Vertreters des Kirchenbauamtes die Glockenweihe statt.

* Sinsheim, 25. Okt. (Brotversorgung.) Da der Bezirk Sinsheim als Bezugsbezirk nicht anerkannt ist, müssen die einzelnen Gemeinden Sorge tragen, daß Brot für die Bevölkerung vorhanden ist, die sich nicht selbst versorgen kann. Um die Möglichkeiten zur Sicherung der Brotversorgung zu erweitern fand am letzten Mittwoch im Rathausaal hier unter dem Vorsitz des Herrn Oberamtmanns Trüscheler eine Besprechung statt, an der die Vertreter der Gemeinden und sonstige Interessenten in großer Zahl teilnahmen. Die Äußerungen der Gemeindevertreter ergab, daß die Gemeinden nicht in der Lage sind, die Versorgung selbst zu übernehmen und ebensowenig die Getreidebesitzer, Müller und Bäcker, weil die nötigen Kapitalien von einem Einzelnen nicht aufzubringen sind. Es wurde deshalb beschloffen, einen Zweckverband unter den Gemeinden zu gründen, der die Interessen der Gemeinden vertreten wird und ferner eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, in welche der Zweckverband und die Interessenten der Brotversorgung eintreten, um so auf freier jeder amtlichen Apparates unterstützter Organisation die Brotversorgung des Bezirkes sicher zu stellen. Sodann wurde eine Kommission gewählt, welche die Gründung dieser Organisationen umgehend in die Wege leiten wird. Sobald deren Zweck erfüllt ist oder eine wertbeständige Währung geschaffen sein wird, kann ihre Auflösung erfolgen. Auf diese Weise dürfte ein sicherer Weg gefunden sein, die äußerste Not von einem großen Teil der Bevölkerung abzuwenden und die Ruhe und Ordnung im Amtsbezirk wie bisher aufrecht zu erhalten.

△ Sinsheim, 25. Okt. (Spende.) Die Firma Gebrüder Ziegler (Ludw. u. H. Frank), Lebensmittelgroßhandlung hier, ließ an hiesige Bedürftige Zucker im Werte von 700 Milliarden verteilen.

* Sinsheim, 25. Okt. (Zurufbesetzung.) Gewerbelehrer E. Schmitt an der hiesigen Gewerbeschule wurde in den Ruhestand versetzt.

* Sinsheim, 25. Okt. (Suppenküche.) Der Frauenverein hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die während der Kriegszeit bewährte Suppenküche wieder zu eröffnen und der kath. Frauenbund hat sich diesem Unternehmen angeschlossen. Nährhafte Suppen sollen gegen ganz geringes Entgelt abgegeben werden und hofft man, so manche Not lindern zu können. Natürlich ist das Unternehmen auf freiwillige Spenden angewiesen. Lebensmittel aller Art, Kolonialwaren, landwirtschaftliche Produkte, Speisefette und Öle, Gewürze u. a. m., auch Geldspenden sind willkommen und wenn einmal ein Haufe von irgend einer Jagd in die Küche sich verläuft, so wird er sicherlich nicht hinausgejagt werden. Man warte aber nicht erst auf besondere Aufforderungen zum Geben. Die Kochschule, in der die Suppen bereitet werden, nimmt täglich Gaben an, über die von Zeit zu Zeit öffentlich quittiert werden wird. Die Kochlehrerin wird sie gewissenhaft aufzeichnen und verwalten. Als erste Gabe ging eine Zuvendigung von Herrn Oberamtmann Trüscheler (Buße Hahn, Mannheim) von 25 Milliarden ein.

* Sinsheim, 25. Okt. (Frachtermäßigung für frisches Obst.) Mit Gültigkeit vom 16. Oktober 1923 bis auf jederzeitigen Widerruf, längstens bis 31. Dezember 1923 tritt für frisches Obst (ausgenommen Süßfrüchte und Weintrauben) bei Auflieferung als Stückgut im Verkehr der deutschen Reichsbahnstationen untereinander ein neuer Ausnahmetarif 14a in Kraft. Er gewährt etwa eine Ermäßigung von 33 1/2 Prozent gegenüber den bisherigen Frachtsätzen.

* Sinsheim, 25. Okt. (Ein Fernbrief 50 Millionen Mark.) Vom 1. November ab wird der Posttarif erneut erhöht werden. Ein Fernbrief kostet dann 50 Millionen.

* Sinsheim, 25. Okt. (Falsche 500-Millionenscheine.) Seit einiger Zeit sind in einigen Städten gefälschte 500-Millionenscheine der Ausgabe vom 1. 9. 23 im Umlauf. Die Fälschungen sind sehr leicht als solche kenntlich. Sie zeigen einen außerordentlich verschwommenen Druck und auffallend absteigende Zweifartönung.

□ Ehrstädt, 25. Okt. (Glockenweihe.) Schon gleich nach dem Krieg und in jedem folgenden Jahr wurden wiederholt Versuche in unserer Gemeinde Ehrstädt zur Beschaffung von Glocken gemacht; doch haben diese sich immer wieder zerschlagen, bis die Glocken in diesem Sommer endgültig bei der Firma Bachert in Karlsruhe durch unseren neuen Ortsgeistlichen Fr. Erwin Schenk bestellt wurden. Sie wurden am 21. Oktober in feierlichem Festzug abgeholt, von Herrn Bürgermeister Strauß, Herrn Baron von Gemmingen, Herrn Dekan Eisen-Sinsheim und dem Ortsgeistlichen begrüßt, in Gedichten und Gesängen gefeiert unter Leitung eines Ehrstädtler Bürgerlehres, des Herrn Gewerbebesuchers Eckert in Eberbach, der sich mit seiner ganzen Kraft in vorbildlicher Weise in den Dienst der guten Sache gestellt hatte; über Mittag zum Turm emporgezogen und in dem durch einen anderen Ehrstädtler Bürgerlehre, Fr. Strauß, Gärtner in Sinsheim, mit viel Liebe geschmückten Gotteshaus geweiht, wo abwechselnd mit den Ehrstädtler, Babstader und Adersbacher Chören Herr Dekan, Herr Weber aus Neckarbischofsheim (im Namen der Mennoniten), Herr Kirchenrat F. Schenk in Heidelberg (der fast 80jährige Vater des Ortsgeistlichen) und dieser selbst sprachen. Die Weihe des von der Gemeinde und der von Degenfeld-Gemmingen'schen Grundherrschaft gestifteten und durch unseren Ortsgeistlichen unter den denkbar schwierigsten Verhältnissen beschafften Bronzeglocken schloß mit der Aufzählung des religiösen Festspiels: „Alle guten Geister“ durch den Ehrstädtler Bund Deutscher Jugend. Das Fest war eine religiöse, kirchliche, vaterländische, heimatische Feier, so recht geschaffen für eine Zeit voller Nöte und voller ungerer Geister.

* Neckarbischofsheim, 25. Okt. (Raubüberfall.) Am Samstagabend kurz nach 7 Uhr wurde auf dem alten Wege von Helmstadt nach Neckarbischofsheim auf den Kronenwirt Wilh. Hund ein Raubüberfall verübt. Er wurde hinterwärts überfallen, seiner Burschenschaft und eines Sackes, in welchem sich eine Flasche mit Formalin befand, beraubt. Der Überfallene glaubt den Täter in der Person eines jungen Burschen von Helmstadt erkannt zu haben.

× Obergimpern, 24. Okt. (Auch ein Zeichen der Zeit.) Bei der gestern stattgehabten Wahl eines neuen Ortsvorstandes haben nur 50 Wahlberechtigte von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Die Stimmen entfielen auf Alois Gabel. Offiziell war überhaupt kein Kandidat aufgestellt, so daß es sehr schwer war, zu wählen und wohl deshalb der größte Teil der Wahlberechtigten es vorzog, zu Hause zu bleiben. Wie wir erfahren wird Gabel die auf ihn gefallene Wahl nicht annehmen, so daß ein zweiter Wahlgang nötig wird.

= Reichartshausen, 25. Okt. (Geänderte Postbestellung.) Wenn in der Postbestellung eine Änderung eintritt, so ist das gewöhnlich eine Verschlechterung und die Postverwaltung mag wohl manches Wort bitterer Klage zu hören bekommen. Bei uns ist dies anders. Am 1. Oktober hörte die Postbestellung von Aglasterhausen nach Reichartshausen auf. Statt dessen erhalten wir in Reichartshausen die Post von Helmstadt und wir müssen dies als eine Verbesserung begrüßen. Denn der Verkehr geht von Reichartshausen mehr nach Helmstadt als nach Aglasterhausen, weil der Weg viel besser ist.

y Unterschwarzach, 24. Okt. (Betriebsstilllegung.) Die Tonwerke A. G. Unterschwarzach haben zum 1. November ihren Arbeiter gekündigt. Ebenso legt das Ziegelwerk Aglasterhausen wie man hört zum 1. November still.

= Unterschweinfen, 24. Okt. (Wertbeständige Beiträge.) Bei der letzten Generalversammlung der hiesigen Ein- und Verkaufsgenossenschaft wurde beschloffen, daß jedes Mitglied mindestens ein Zentner Getreide als Betriebskapital abgeben soll. Dasselbe wird berechnet wie der Preis bei der Abgabe steht und wird mit dem zur Zeit höchsten Zinsfuß verzinst. Das Geld für das abgegebene Getreide kann von dem Abgeber zu jeder Zeit bei Bedarf abgehoben werden.

* Heidelberg, 25. Okt. (Pfarrerhausheimnisse) ist ein Artikel im „Heidelb. Tagebl.“ überschrieben, in dem die große Not der evangelischen Geistlichen geschildert wird. In dem Artikel wird mitgeteilt, daß bisher als Abschlagszahlung für den ganzen Monat September ein Betrag in die Hände der Pfarrfamilien gekommen ist, der kaum den Tagesbediensteten eines Handarbeiters erreicht. Mit 400 Millionen Papiergeld ist eine Pfarrerfamilie gezwungen, wochenlang ihre Existenz zu fristen. Die Pfarrer tragen ihr Elend in der Stille und mit schauerlicher Zurückhaltung. Hochgebildete, verdiente Leute, die eine segensreiche langjährige ganz im Dienste sozialer Liebe und Beförderung stehender Arbeit leisten, sehen sich heute gezwungen, Stück für Stück ihrer Möbel und ihres Hausrates zu verkaufen, Bücher und Familienandenken fortzugeben, nur daß es nicht an Brot mangle. (Die traurige Lage der Geistlichen ist in der Tat in weiten Kreisen noch nicht bekannt. Nachdem der Staat jetzt wieder Vorkasse leistet, die erhöhten

Kirchensteuern eingetrieben werden und die Sammlung eines Kirchenopfers in die Wege geleitet wird, ist zu hoffen, daß der Not in den Pfarrersfamilien endlich ein Ende bereitet wird. D. Schriftl.)

t Pforzheim, 20. Okt. (Noch gut abgelaufen) ist ein scharer Automobilunfall auf der steilen Judengfelder Straße. Das vor einen Handwagen gepannt ePferd scheute vor einem Automobil, riß die Deichsel ab und sprang quer über die Straße. Der Führer des Kraftwagens lenkte diesen schnell auf die andere Seite, wobei das Auto auf einen Baum auffuhr, in seiner ganzen Länge an dem Baum sich emporkletterte und sich dann überschlug. Der Autolenker wurde herausgeschleudert, blieb aber unverletzt.

t Offenburg, 20. Okt. (Fluchtversuch.) Eine Insassin des hiesigen Krankenhauses unternahm in einer der letzten Nächte einen Fluchtversuch, indem sie mehrere Leintücher zusammenknüpfte und sich daran vom 3. Stock herunterließ. Die Knüpfung löste sich aber und die Flüchtige fiel auf die Erde herab, wobei sie einen Oberschenkelbruch erlitt.

t Hohenheim a. B., 22. Okt. (Schweres Automobilunglück.) Gestern früh, vermutlich zwischen 5 und 6 Uhr hat sich bei Ludwigshafen a. B. ein gräßliches Automobilunglück ereignet. Das Lastautomobil des Mineralwasserfabrikanten Ley aus Tuttingen hatte in der Nacht vom Hagnau aus, wo Wein eingekauft worden war, den Heimweg angetreten. In der Nähe von Ludwigshafen geriet das Auto auf eine bis jetzt noch unaufgeklärte Weise vom Wege ab und fuhr die steile Böschung hinunter. Der Führer, Fabrikant Ley, und der weitere Insasse, Weinhandeler Dreher, ebenfalls aus Tuttingen, wurden dabei furchtbar zugerichtet und waren jedenfalls sofort tot. Der Führer war völlig eingedrückt. Die Leichen wurden um 7 Uhr morgens gefunden. Die Beiden waren wiederholt eingekehrt und sahen morgens um 5 Uhr von Ueberlingen ab. Sie waren bereits in Meersburg vor der Heimfahrt gewarnt worden.

t Obergauernsdorf bei Pöbba, 21. Okt. (Erstreckendes Zeichen der Zeit.) Hier war aufgefallen, daß mehrere alte Leute sich seit einigen Tagen nicht mehr sehen ließen. Als man nach ihnen forschte, fand man sie in den Betten legend vor. Sie erklärten, daß sie den Hungertod im Bette erwarten wollten. Diese Tatsache beleuchtet bligartig das ganze abgrundtiefe Elend unseres Volkes.

t Verba, 24. Okt. (Einbrecherbande.) Die Berliner Polizei hat eine 23köpfige Einbrecherbande dingfest gemacht, die eine geradezu ungläubliche Anzahl von Einbrüchen in Berlin, Brandenburg, Provinz Sachsen, Thüringen und Sachsen verübt hat. Mit den gestohlenen Gegenständen wurde ein förmlicher Großhandel betrieben.

Evangelischer Gottesdienst.

Sonntag, den 28. Oktober. Glockenweihe.

1/2 10 Uhr: Festgottesdienst, Kirchenchor, Kollekte, Dekan Eisen. 1 Uhr: Kindergottesdienst. Stadtkirch Meerwein.

An unsere Leser!

Die katastrophale Ueberführung der Teuerung hat auch unsern für den Monat November festgesetzten Bezugspreis weit überholt. Wir sind deshalb genötigt, sofort mit Erhebung desselben einen Nachtrag von

1 Milliarde Mark

zu erheben und hoffen, eine weitere Nacherhebung wird sich erübrigen. Der Betrag ist im Vergleich zu allen übrigen Preisen gering und bitten wir die Leser um Einföhrung der Quittungen, onst müßten wir die Einstellung des Erscheinens in Betracht ziehen.

Verlag des Landboten.

Ein intell. Junge kann alsbald in die Lehre treten bei Regelschmied Ziegler Steinsfurt. Wegen Verheiratung des jetzigen sucht zum 1. November ev. 18 bis 20 jähriges Mädchen. Apotheke Neckesheim. Gänselebern kauft und zahlt höchste Goldmarkpreise. Zusendung erbitte durch Eilboten-Paket oder eingeschriebene Warenprobe. Porto wird vergütet. Fa. Wilhelm Kaiser Karlsruhe-Mühlburg Ruitstr. 14 Telefon 2099. Empfehle mich im Neuanfertigen und Umändern von Kleidern, Mänteln etc. sowie Ausbessern von Wäsche, hier u. auswärts. Else Mayer Damenschneiderin Hoffenheim. Fast neues Wollstoff für junges Mädchen oder Zaumzeug, sehr gut erhalten, gegen Winterkälte zu tauschen gesucht. Rung, Heidelberg, Anlage 53 b.

Druckarbeiten für Handel, Gewerbe, Behörden und Private wie Postkarten, Besuchsarten, Mitteilungen, Verlobungskarten, Briefbogen m. Firma, Trauerbriefe, Rechnungen, Dankkarten, Briefhüllen m. Firma, Dankfragungskarten, Frachtbrieft, Eintrittskarten, Anhänger, Quittungen und sonstige Formulare aller Art liefert bei sorgfältiger Ausführung und realen Preisen die G. Becker'sche Buchdruckerei Buchbinderei und Papierhandlung Sinsheim. Hierzu eine Beilage.

Die Politik des „als ob“.

Der Finanzminister des ersten Kabinetts Stresemann, Genosse Hilferding, hat fast unmittelbar nach seinem Austritt aus der Regierung in einer soz. dem. Funktionärversammlung eine kaum noch verschleierte Bankrotterklärung im Namen des politischen Sozialismus in Deutschland abgegeben. Zweifelslos handelt es sich dabei vor allem um einen warnenden Alarmruf, der zur neuen Geschlossenheit und Energieaufkantung in der sozialistischen Partei und in der Arbeiterschaft mahnen sollte.

In einem überfüllten Eisenbahnwagen hörte ich es neulich einen schlichten Arbeiter ausprechen, was in Hunderttausenden von anderen Gehirnen gleichzeitig schmerzhaft zur Klarheit wurde: Wir Sozialdemokraten haben ja immer nur geredet, geredet und gehandelt, als ob dieses und jenes so und so wäre, was in Wirklichkeit nun einmal ganz anders ist. Wir haben getan, als ob die französischen und englischen Proletarier uns in der Tat ihre Hände reichen würden, wir haben uns eingebildet, als ob der Mann aus dem Volke, der anstatt der alten Fürsten zur Regierung kommen würde, nun auch Wunder was zum Vorteil des arbeitenden Volkes tun könnte, wir haben geglaubt, wenn nur ein Arbeiter selbst erst einmal in der Fabrikleitung durch Betriebsräte etwas mitzusagen hätte, würde die „Ausbeutung“ aufhören, würden wir für immer weniger Arbeitszeit, höhere Löhne und billigeres Leben gewinnen.

Wir haben nach 1918 ja wirklich ungeniert in den Arbeitsprozess eingegriffen. Unsere Gewerkschaften haben zeitweise die größte Macht im Staate und über den Staat besessen. Wir haben Betriebsräte in jeder Fabrik und es geht vielen Arbeitern nach den erfolgreichsten Lohnkämpfen ungleich besser als dem verarmten hilflosen Mittelstande. Aber waren diese Erfolge nicht auch nur auf ein trügerisches „als ob“ gegründet? Als ob die deutsche Wirtschaft für ewige Zeiten in der Lage wäre, für weniger Leistung — und es wurde weniger gearbeitet, so wohl zeitlich wie nach dem Kraftwert — höhere Löhne zu zahlen und in der Welt konkurrenzfähig zu werden? Als ob der deutsche Boden unerschöpflich an Lebensmitteln sei, während das deutsche Volk doch schon seit einem Menschenalter nur durch eine hochentwickelte folgebundene Industrie sich den notwendigen Zusatz an Lebensmitteln auf dem Weltmarkt hinzukaufen konnte.

Jetzt bricht alles zusammen in Deutschland und höhrend grinsen uns alle die schönen Schlagworte des „als ob“ an. Als ob irgend ein Gott oder eine Naturmacht dem deutschen Arbeiter das Privileg des Achtstundentages und damit eine dauernde Lebensversicherung geschenkt hätte. In Wirklichkeit kämpft der deutsche Arbeiter wie das ganze deutsche Volk jetzt den härtesten Kampf ums Dasein, den jemals ein Volk auf dieser Erde der Heimat jener aufrechtgehenden Raubtiere, die sich Menschen

nennen, hat kämpfen müssen. In diesem Kampfe aber ist die Arbeitseinstellung die letzte uns gebliebene Waffe. Sie verkürzen, hieße also, die eigene Waffe selber stumpf machen.

Das waren also deutsche Arbeitererkenntnisse, von denen der „Vorwärts“ freilich noch nichts weiß.

Verstorbene.

— Heidelberg, 25. Okt. (Hohe Tabakpreise.) In Dörsheim wurden Tabakgruben verworfen und zwar wurden für den Zentner 20 bis 25 Milliarden bezahlt. Was werden erst die Sandblätter und dann erst der Tabak kosten, wenn schon für den Zentner Gruppen ein so hoher Preis bezahlt wird?

— Heidelberg, 18. Okt. (Auch ein Tauschobjekt.) Der Vertreter einer Heidelberger Firma hat einem Schreiner einen Feuerlöschapparat verkauft und dagegen einen Sarg in Tausch genommen. — Der Mann hat nicht unglücklich gehandelt. „Ich bin nicht mehr jung“, sagte er, „und wenn ich heut oder morgen „unvorhergesehen“ sterbe, wer weiß, obs da meinen Hinterbliebenen für meinen Sarg reicht. Hier habe ich zur Vorzorge Gelegenheit. Her damit!“

t Ludwigshafen, 25. Okt. (Diebstahl.) Vor kurzem wurde einem Fuhrwerksbesitzer von Neustadt von seinem Fuhrwerk, mit dem er vor einer Wirtschaft in der Mundenheimerstraße hielt, ein Sack Weizenmehl, ein Sack Kleie und ein Sack Weizenroggen von zusammen 1/2 Zentner im Werte von 45 Milliarden Mark durch Unbekannte gestohlen.

t Speyer a. Rh., 24. Okt. (Katholikentag.) Am Sonntag, den 11. November 1923, ist ein Katholikentag für den Speyergau in dem Kaiserfaal des Domes geplant. Bischof Dr. Ludwig Sebastian wird u. a. über seine Romreise und den Besuch beim Papste berichten.

t Singen a. H., 24. Okt. (Beschlagnahme.) Wie der Volkswille berichtet, hat der ADGB mit Hilfe der Gendarmerie zwei Waggon Zucker beschlagnahmt, die der Firma C. Wetlin in Konstanz gehören. Die beschlagnahmte Menge von ca. 800 Zentnern ist wahrscheinlich zurückgehaltener Septemberrücker.

Morgenfrühstück. In sehr vielen Familien, besonders der Großstadt, ist es Sitte, daß die Familienmitglieder, von denen die meisten morgens gleich das Haus verlassen müssen, in aller Eile stehend ihren Kaffee trinken. Meistens wird so lange wie irgend möglich geschlafen und dann wird eiligst das erste Frühstück eingenommen und fortgestürzt. Eine jede Hausfrau sollte betreten sein, hier Abhilfe zu schaffen. Wie leicht ist das getan! Nur ein Viertelstündchen oder auch nur 10 Minuten Schlaf müßten geopfert werden, damit die Familie sich morgens gemütlich und vollzählig, und es sei auch nur auf ganz kurze Zeit, am Kaffeetisch versammelt. Die Hausfrau muß dafür sorgen, daß jeder zur rechten Zeit erscheint, und daß auf dem Platz eines jeden Familienmitgliedes, das fortgehen muß, bereits das wohlverpackte zweite Frühstück liegt, dann wird sie mit den ihrigen noch in Ruhe ein paar freundliche Worte wechseln und gemeinsam mit ihnen frühstücken können. Abgesehen davon, daß es auch in gesundheitlicher Hinsicht zu empfehlen ist, gerade das erste, was man am Tage dem Magen anbietet, in Ruhe zu genießen, wird auch ein jeder von sich einem gemütlichen, gemeinsamen Frühstückstisch in den Kampf des Tages ein gewisses liebes Heimatgefühl mit hineinnehmen, das ihm vielleicht in der jetzt so schweren Zeit über manches hinweghilft.

Was ist los? Die Staaten sind geldlos, die Schulden zahllos, die Steuern endlos, die Regierung ratlos, die Politik ist ziellos, die Verwirrung maßlos, die Entente ist herzlos, die Bedrückung schamlos, die Deutschen sind rechtlos, die Proteste nutzlos, die Verhandlungen sind zwecklos, die Gesetze fruchtlos, die Schieber furchtlos, die Aufklärung ist hirnlos, die Sitten zügellos, die Sparsamkeit ist sinnlos, die Leuerung namenlos, die Gewinnsucht ist bodenlos, der Schwundel ist grenzenlos, die Zeiten sind trostlos, überall ist der Teufel los.

Ein neues Maschinengewehr soll in der Schweizer Armee eingeführt werden. Es ist eine Erfindung der Schweizer Techniker und ist in der staatlichen Waffenfabrik der Schweiz hergestellt worden. Das Maschinengewehr zeichnet sich durch außerordentlich große Fähigkeit und Handlichkeit aus. Es ist nur

vier bis fünf Pfund schwerer als das gewöhnliche Infanteriegewehr, dem es auch dem Neußern nach sehr ähnlich sieht. Das Magazin des Maschinengewehrs enthält dreißig Runden und ist imstande, in der Minute 450 Runden zu verschießen. Jedes Infanterie-Bataillon der Schweizer Armee soll 16 bis 24 solcher Maschinengewehre mitführen. — Wie man sieht, macht die „Abrüstung“ immer weitere Fortschritte.

Ein Mädchen das zweimal starb. Ein Fall, bei dem ein Kind während einer Operation starb und dann wieder ins Leben zurückgebracht wurde, wird von dem englischen Arzt Violet Winifred Leonard in einem Fachblatt berichtet. Das Kind, ein Mädchen, war bereits verschiedemale operiert worden. Während einer Operation im Londoner St. Georges Hospital setzte plötzlich der Herzschlag aus und das Mädchen starb. Das Herz wurde nun mit der Hand massiert und begann wieder zu schlagen. Zuerst schwach und unregelmäßig, dann stärker und regelmäßig. Auch die Atmung setzte wieder ein. So lebte die Kranke noch 45 Minuten. Als sie dann aber in ihr Bett zurückgebracht wurde, starb sie. Das Mädchen litt nach der Aussage des Arztes an Status lymphaticus, der den Tod hervorrief. Es ist das eine Schwächung des Körpers, die von einer Vergrößerung der Brustdrüse begleitet ist. Personen, die an dieser Krankheit leiden, können ganz plötzlich sterben. Die Kranke soll nach der Aussage Leonards einige Zeit tot gewesen sein, bevor das Herz wieder zum Schlagen gebracht wurde.

Wirtschaftliche Rundschau

des „Landboten“ (Nachdruck verboten.)

Nach dem Stande vom 24. Oktober 1923. (Nachdruck verboten.) Allgemeine Lage. Die außen- und innenpolitische Lage und die fortschreitende Zerrüttung des Geldwesens haben eine weitere wesentliche Verschlechterung der gesamten Wirtschaftslage gebracht. Die Mark hat ihre Rolle als internationales Geldmittel längst ausgepielt und steht im Begriff, auch den Wert eines Austauschmittels im Inland zu verlieren. Die Absatzstockung ergreift immer mehr Wirtschaftszweige, der Export sinkt und die Kaufkraft des Inlandspublikums erlahmt fast völlig.

Geldmarkt. Die Lage hat sich merklich verschärft. Die fortschreitende Anpassung der Warenpreise, Löhne und Effektenkurse an die Geldparität hat naturgemäß eine sehr scharfe und plötzliche Steigerung des Bedarfes der Wirtschaft an Zahlungsmitteln im Gefolge. Auch die Verschärfung der Bankbedingungen und des Scheckverkehrs hat dem bargeldlosen Verkehr ziemlich Abbruch getan, so daß der Bedarf an Geldzeichen steigen mußte.

Börse. Mit rasender Geschwindigkeit eilen die Börsen nach oben. An der Effektenbörse vollzieht sich mehr und mehr der Umwertungsprozess. Die Kurse wurden zum Teil um viele Milliarden Prozent in die Höhe getrieben. Den Käufern ist dabei jeder Preis recht, der gefordert wird, weil das Angebot sich in den engsten Grenzen hält.

Handel, Gewerbe und Industrie. Infolge der verschlechterten Wirtschaftslage läßt der Beschäftigungsgrad fast in allen Wirtschaftszweigen stark nach und es kommt täglich zu umfangreichen Betriebseinsparungen und Stilllegungen. Die Beschaffung von Rohstoffen macht ungeheure Schwierigkeiten. Auch die Entwicklung der Kohlenpreise, Frachten und Steuern bringt solche Belastungen daß die bestfundierten Betriebe hinsichtlich der weiteren Aussichten ernste Besorgnisse hegen.

Kohlen. Durch die Frachterhöhungen ist wieder ein Teil der Kohlenverbilligung aufgehoben worden.

Holzmarkt. Die Lage läßt sich mit wenigen Strichen zeichnen: Geringes Angebot an Rundholz, beschränkte Kaufkraft der Sägewerke, fast völliges Stocken des Abfuges in Schnittware infolge Kapitalchwunds der Abnehmer, Abnahme der Bauaktivität und Unmöglichkeit der Ausfuhr. Der Steigerung des Dollars entsprechend ist bei den wenigen Rundholzverkäufen eine starke Preissteigerung festzustellen und zwar gleichgültig ob nach Goldmark oder Papiermark verkauft wurde.

Warenmarkt. Die fast völlige Entwertung unseres Geldes hat die Katastrophe auf dem gesamten Warenmarkt weiter verschärft. Die Preise haben eine Höhe erreicht, daß es der werktätigen Bevölkerung, die nicht Goldmark als Einkommen erhält, jetzt unmöglich wird, auch nur das Notwendigste zu kaufen. Selbst dem Kleinhändler ist es nicht möglich, bei einem solchen Preisaufschlag einzukaufen.

Sie legte die Hand beschwichtigend auf seinen Arm. Er aber riß sie wie ein Verzweifelter an seine Brust und küßte ihr in wahnsinnigem Taumel Mund und Augen.

Sie konnte sich nicht wehren. Sie stand jetzt wieder ganz unter der überlegenen Macht seiner Leidenschaft und so überließ sie sich ihm mit einem schauerlich süßen Gefühl, das sie sich nicht erklären konnte, das nur bestand, wenn er in der Nähe war, das aber verblähte, wie ein alter Traum, wenn sie ihn nicht sah.

„Lass mich jetzt, Geliebter“, flüsterte sie ihm zu. „Bring nicht Unheil über mich. Wenn du mich liebst, schone mich.“

Sie fuhr sich mit der Hand über die Augen und strich das dunkle Haar aus der Stirn. Auch Ritter zwang sich zur Ruhe. Ein leises Lächeln spielte über sein Gesicht, wie wenn die Sonne nach einem furchtbaren Gewitter die ersten Strahlen aus den zerrissenen Wolken über die regenfeuchte Erde sendet. Er hatte es ja gewünscht, sie würde ihm nicht widersehen können, und mochten alle Marquis der Welt seine Nebenbuhler sein.

Verhältnismäßig ruhig empfingen die beiden den wieder entretenden Mexikaner, der ohne Ziererei die altertümliche Geige aus ihrer Hülle nahm und erst wie spielend den Bogen über die Saiten gleiten ließ, dann in vollen mächtigen Tönen ein phantastisches Andanta spielte.

Ja, das war wirklich ein Genie.

Ritter hing wie gebannt an dem seltsamen Mann, der mit seiner Geige so zu beruhigen verstand. Es war ihm, als ob ein weicher kühler Hauch ihn umfächelte, als ob eine liebe Hand sich ihm auf die pochenden Schläfen lege. Er hätte ihm zuhören mögen immer weiter und weiter, und als er endlich den letzten Ton verklungen hörte, und der Mexikaner das Instrument aus der Hand legte, ging er auf ihn zu und schüttelte ihm die Hand.

„Wahrhaftig, Sie sind ein Meister.“

Ein leises Lächeln glitt über das dunkle Gesicht des Künstlers, und er antwortete mit zarter Ironie:

„Nun haben Sie auch meinen Jagdschein im Gebiet der heiligen Cäcile gesehen, Herr Oberförster.“

„Rühren Sie daran nicht mehr, Herr Marquis. Ich schäme mich meiner Grobheit. Wollen Sie es mir glauben?“

„Gerne, Herr Oberförster.“ und wie zur Bestätigung seiner Antwort reichte er ihm die schlanke Hand hin.

Mira Löbau blickte den Oberförster verwundert an.

Was hatte ihn so seltsam umgestimmt, bloß die Musik? Das lag doch gar nicht in seiner rauhen männlichen Natur. Nein, es war das Bewußtsein, daß er immer noch geliebt wurde. Und wurde er das wirklich?

Für den Augenblick ja, solange sie sich unter der Gewalt seiner leidenschaftlichen Augen fühlte, sicher. Ob aber später...?

7. Kapitel.

In dem Steinsarge aus der Wolfgang Feldmark war ein eigenartlicher Schatz gefunden worden, der sicherlich nicht auf alamannischen Ursprung zurückgeführt werden konnte. Die menschlichen Überreste zeigten durchaus nicht den Charakter eines alamannischen Langschädels und Ueberbleibsel von Bekleidung, womit der Verstorbene angezogen gewesen war, deuteten auf einen Seritenbruder des nahen Klosters. In den gefalteten Händen hielt das stark verwitterte Skelett ein Gebetbuch, das in altes Pergament gebunden war, und durch diesen Einband hindurch schimmerten Schriftzüge.

Rückert und Poirier, die beide Altphilologen waren, wußten doch so viel von der deutschen Literatur, daß Grimm einst das Hildebrandslied auf dem Pergamenteinband eines alten Fuldaer Gebetbuches entdeckt hatte. Vielleicht lag hier etwas Ähnliches vor, vielleicht fanden sich auch nur ganz wertlose Kopien. Jedenfalls mußte man einen germanischen Philologen, der mit dem Stand der modernen Wissenschaft vertraut war, zu Rate ziehen. Und da dachten sie beide sofort an ihren jungen Kollegen Müller.

Mag hatte das Gebetbuch, dessen Blätter von der Feuchtigkeit der Erde außerordentlich mürbe waren, sorgfältig untersucht und mit Hilfe eines Buchbinders das Pergament des Einbandes abgelöst. Aber die Schriftzüge waren vollständig unleserlich. Trotzdem zeigte es sich, daß sie von einer Mönchshand geschrieben waren und aus dem Mittelalter stammten, denn sie hatten die charakteristischen farbig verzierten gotischen Schriftzeichen. Zu lesen war leider nicht.

Mag äußerte sich über diese bedauerliche Tatsache seinem Direktor gegenüber und fügte hinzu, daß man wohl um einen wichtigen Fund altthohdeutscher Literatur gekommen sei. Aber

der Direktor schüttelte bedächtig den schönen Jupiterkopf und antwortete:

„So schnell wollen wir doch nicht verzagen, lieber Müller. Zunächst wollen wir Dunker, der ja mit allen chemischen Waffen versehen ist, zu Rate ziehen, vielleicht kann er mit seinen Säuren und Mixturen, mit Sauerstoff- und Ozonbehandlung, oder auf dem Wege der Photographie die Schriftzeichen wieder leserlich machen.“

„Sie haben wirklich recht, Herr Direktor. Ich will doch gleich zu ihm gehen.“

Und Mag schüttelte seinem Meister freudig erregt die Hand und eilte zu Dunkers Wohnung, die in der Vorstadt Ratenhaufens an dem alten idyllischen Stadtgraben tief in einem schönen Garten lag.

Der Mathematiker war zu Hause. Er empfing den jungen Kollegen mit seinem freundlichen Gesicht, blickte aber selbst, als er ihm die Hand schüttelte, wie geistesabwesend an ihm vorüber, und auch nachdem er ihn in sein Zimmer geführt hatte, bemerkte Mag, daß er gar nicht bei der Sache war, sondern glaubte, Mag Besuch sei lediglich eine kollegiale Höflichkeit und für ihn eine unwillkommene Störung seiner Kreise.

„Sie sind gewiß wieder bei den elliptischen Funktionen, Herr Kollege.“

„Nein, bei den Thetafunktionen.“

„Trotzdem muß ich Sie ganz aus ihrer mathematischen Beschäftigung herausreißen, denn ich komme auf den Rat unseres Direktors und will Sie in einer naturwissenschaftlichen Angelegenheit konsultieren.“

„Ah, hat einer Ihrer Quintaner eine seltene Pflanze gefunden?“

„Nein, es handelt sich um eine chemische Frage. Sie haben doch von dem Gebetbuch gehört, das wir in den vermeintlich alamannischen Gräbern am Wolfgang gefunden haben?“

Der Mathematiker nickte.

„Ich habe Grund, fuhr Mag fort, „in den unleserlichen Schriftzeichen auf dem Deckpergament eine wertvolle altthohdeutsche Handschrift zu vermuten.“

„Warum vermuten? Ich denke, Sie sind Germanist?“

Produktenmärkte. Die Haltung der Märkte ist fest. Die Derivaten ziehen die Preise mit. Die Erzeuger stellen die berechtigten Forderungen nach Goldmark, da sie mit gleichen Werten nur ihre Bedarfsartikel kaufen können.

Wegmarkt. Die Zufuhren waren in der abgelaufenen Woche meist sehr schwach. Der Verkehr war sehr lebhaft und die Preise gingen der Geldentwertung entsprechend in die Höhe. Allgemein ist eine bedenkliche Betriebsmittelknappheit der Metzger zu konstatieren.

Lohnbewegungen. Von allen Seiten wird nun die schnellste Rückkehr zur tatsächlichen Goldwährung für das ganze Volk gefordert, um Preise und Löhne auf die gleiche feste Währungsbasis stellen zu können.

Preise des Mannheimer Schlachtviehmarkts vom 22. Oktober 1923.

Die Preise verstehen sich per Pfund in Milliarden Mark. Für den Schlachtviehmarkt am Montag betrug der Auftrieb: 87 Schafe, 27 Bullen, 120 Kühe und Rinder, 102 Kälber, 16 Schafe, 220 Schweine. Bezahlt wurde pro Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. Kl. 1,6-1,8, 2. Kl. 1,4-1,5, 3. Kl. 1,2-1,4, 4. Kl. 1,0-1,2; Bullen 1. Kl. 1,4-1,5, 2. Kl. 1,2-1,4, 3. Kl. 1,2-1,3; Kühe und Rinder 1. Kl. 1,6-1,8, 2. Kl. 1,4-1,5, 3. Kl. 1,0-1,2, 4. Kl. 0,9-1,0, 5. Kl. 0,5-0,8; Kälber b 1,6-1,8, c 1,4-1,6, d 1,3-1,4, e 1,2-1,4; Schafe a 1,4-1,5, b 1,3-1,4, c 1,0-1,2; Schweine wurden nicht notiert. Marktoverlauf: Mit Großvieh mittelmäßig, geräumt, mit Kälbern und Schafen lebhaft, ausverkauft, mit Schweinen mittelmäßig, ausverkauft.

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse vom 25. Oktober 1923.

Table with 2 columns: Product name and Price. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, and various oils.

Neueste amtliche Kurse vom 24. Oktober 1923 in Milliarden Prozent.

Table of financial data including bank rates, industrial shares, and commodity prices like gold and silver.

Schlüsselzahlen des 26. Oktober.

Badische Feuerungszahl (ohne Bekleidung): Stichtag 22. Oktober: 3 862 611 504 (Vorwoche 583 623 643,12). Reichsindexziffer: Stichtag 22. Oktober: 3045 Mill. Mk. (Vorwoche 601,9 Mill. Mk.). Großhandels-Feuerungszahl: Stichtag 23. Okt.: 14 600 Mill.

Eisenbahn: Personentarif 1500 Mill., Gütertarif 3000 Mill. Schlüsselzahl des Badischen Gastwirteverbandes: 12 Mill. Schlüsselzahl des Deutschen Buchdruckervereins: 600 Mill. Schlüsselzahl des Vereins deutscher Zeitungsvorleger für Anzeigenaufträge: 12 Mill. Buchhändler-Schlüsselzahl: 16 Milliarden. Die Schlüsselzahl für Arznetztage: für Waren und Gefäße 28 600 000, für die Arbeitsvergütung 7 000 000. Nerze-Schlüsselzahl ab 26. Oktober: 12 Milliarden. Schlüsselzahl der Schneiderinnen u. Weißnäherinnen: 8 Mill.

Neues für Bücherliebhaber.

Große Zettersparnis. erzielt jedes gewerbliche Unternehmen durch Anschaffung der soeben erschienenen Steuerabzugsabelle vom Arbeitslohn. Bihartig kann der jeweilige Abzugsbetrag in alten Lohn- und Schlüsselklassen festgestellt werden. Irrtümer sind so gut wie ausgeschlossen. Selbe sind zu beziehen vom Herausgeber Fritz Maish, Ettingen, Baden. Preis per Stück 40 Millionen. Postfachamt Karlsruhe 24 456. Deutsch bleibt der Rhe. 1! So heißt ein neues, hochkünstlerisches Plakat, das die Kultur-Liga in Berlin W 35, Lügowstraße 107 im vaterländischen Interesse hat herstellen lassen. Es ist außerordentlich wirkungsvoll und verdient einen Platz in allen dem Publikum zugänglichen Lokalen. Die Liga gibt es gerne ab. „Lahrer Hinkende Bote“ für das Jahr 1924, Grundpreis 65 Pfg. gebunden Mark 1,50.— (Grundpreis mal der halben buchhändlerischen Schlüsselzahl ergibt den tatsächlichen Ladenpreis.) Verlag Moritz Schauenburg in Lahr (Baden). Der altbekannte und beliebte „Lahrer Hinkende Bote“ enttäuscht auch diesmal nicht die Erwartungen seiner Leser. Viele lustige Geschichten erzählt er, die vorzüglich geeignet sind, die langen Winterabende zu verkürzen und des Lebens Not und Plogen, an denen es in dieser schweren Zeit nirgends fehlt, vergessen zu machen. Aber auch manches Besinnliche und Lehrreiche bringt er in volkstümlicher, anheimelnder Darstellung. Wir wünschen dem „Hinkenden“ viel Glück auf den Weg.

Amthche Bekanntmachungen.

Nr. 80. Die Reinigung der Kamine und die Festsetzung der Kaminfeuertagen betr. Die nachstehend, mit Zustimmung des Bezirksrats erlassene und mit Erlaß des Herrn Landeskommisars in Mannheim vom 25. September 1923 Nr. 15 223 für vollziehbar erklärte Abänderung der bezirkspolizeilichen Vorschrift vom 8. März 1910, die die Reinigung der Kamine und die Festsetzung der Kaminfeuertagen betr., wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht. Diese Abänderung tritt mit dem 25. September 1923 in Kraft. Sinsheim, den 5. Oktober 1923. Bad. Bezirksamt.

Bezirkspolizeiliche Vorschrift über die Reinigung der Kamine und die Festsetzung der Kaminfeuertagen.

- § 1. In nachfolgenden Gewerbebetrieben sind zu reinigen: a) monatlich die Kamine der Bierbrauer während der Brauzeit, der Brennerien, Trocken- und Dörranstalten, während der Gebrauchszeit, b) alle 2 Monate die Kamine der Bäcker und Würstler, die Küchenkamine bei Gastwirten und ähnlichen Gewerben, sowie die Kamine der Schreinerwerkstätten, vorbehaltlich der besonderen Anordnung des Bezirksamtes im Einzelfalle, wenn die Zahl der vorgeschriebenen Reinigungen nicht genügt, c) einmal jährlich die Kamine der Schlosser- und Schmiedewerkstätten, sowie ähnlicher mit Feuer arbeitender Betriebe, soweit diese Kamine nicht als Fabrikamine anzusehen sind und sofern nicht mit Rücksicht auf die Verwendung stark ruhender Brennstoffe auf die bauliche Anlage oder den starken Gebrauch der Kamine durch bezirks- oder ortspolizeiliche Vorschriften eine andere Regelung der Reinigungszeit erfolgt. III. Rauchkammern sind zu reinigen: a) die gewerblichen, d. h. diejenigen der Metzger und Würstler und anderer Gewerbebetriebe, in denen ständig Fleischwaren geräuchert werden, alle 2 Monate bei der Kaminreinigung (II b).

§ 8. Die Kaminfeuertage und ihre Gehilfen haben die Bestimmungen der Kaminfeuertageordnung genau einzuhalten. Das Begehen des Daches durch den Kaminfeuertage von einem Kamin zum anderen ist untersagt. § 9. Zuwiderhandlungen gegen diese Vorschrift werden, sofern nicht nach anderen Befehlen und Verordnungen höhere Strafen angedroht sind gemäß §§ 113, 116, 134 P.-Str.-G.-B. 368 Ziff. 4 R.-Str.-G.-B. 77, 148 3. 8 Gew.-Ordnung, 26 Kaminfeuertageordnung mit Geldstrafe oder mit Haft bestraft. Sinsheim, den 5. Oktober 1923. Bad. Bezirksamt.

Nr. 81. Kartoffelverforgung.

Aufgrund der §§ 6 und 13 der Verordnung über Notstandsverforgung vom 13. Juli 1923 (RGV. S. 718 ff) wird mit Zustimmung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft folgendes bestimmt: § 1. Kartoffeln dürfen auf der Bahn in Wagenladungen sowie mittels Schiff nach Orten außerhalb des Landes Baden nur mit Beförderungspapieren, die einen besonderen Stempel tragen, verfrachtet werden. § 2. Die Stempelung der Beförderungspapieren erfolgt durch die Landesverforgungsstelle in Karlsruhe. § 3. Vorläufige Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften in § 1 werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft. Bei fahrlässiger Begehung tritt Geldstrafe ein. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Gegenstände erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, auch wenn die Gegenstände weder dem Täter noch einem Teilnehmer gehören. § 4. Die vorstehenden Bestimmungen treten am 10. Oktober 1923 in Kraft. Die Inkraftsetzung des Stempelzwangs auch für den innerbadischen Verkehr bleibt zunächst vorbehalten. Karlsruhe, den 11. Oktober 1923. Der Minister des Innern.

Die beim Steuerabzug vom Arbeitslohn zu berücksichtigenden Ermäßigungen betragen vom 21. Oktober ds. Js. an das zweihundertsechzigfache der Ermäßigungen für die zweite Septemberhälfte. Sinsheim, den 20. Oktober 1923. Finanzamt.

Bekanntmachung.

Baugesuch des Maurermeisters David Günther in Obergimpeln. Maurermeister David Günther in Obergimpeln hat am 20. August 1923 unter gleichzeitiger Vorlage der entsprechenden Pläne beim Bezirksamt Sinsheim um die Genehmigung gemäß § 16 der Gew.-Ordnung zur Errichtung eines Kalkwerkes auf Gemarkung Obergimpeln, Gewann Mühlberg, Lgh. Nr. 1039 nachgesucht. Einwendungen gegen die Genehmigung genannter Anlage sind innerhalb 14 Tagen nach Erscheinen dieser Bekanntmachung beim Bezirksamt Sinsheim oder beim Bürgermeisteramt Obergimpeln, wo während dieser Zeit die Pläne und Beschreibungen zur Einsicht offen liegen, anzubringen, widrigenfalls alle nicht auf privatrechtlichen Titeln beruhenden Einwendungen als veräußt gelten. Sinsheim, den 24. Oktober 1923. Bad. Bezirksamt.

Bekanntmachung.

Militär-Rentner. Auf Anordnung des Reichsarbeitsministeriums ist eine Renten-zwischenzahlung für Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene in bar zu leisten. Die Auszahlung erfolgt gegen Vorlage der letzten Umrechnungsbemerkung und der Nummerkarte. A. Für die Rentempfänger der Stadt und des Amtsbezirks Heidelberg: 1. beim Versorgungsamt Heidelberg am 24., 25. und 26. Okt. von 9 vorm. bis 12 mittags und von 2-4 nachm. 2. auf dem Rathaus in Neckargemünd am 25. und 26. Okt. von 9 vorm. bis 1 nachm. B. Für die Rentempfänger des Amtsbezirks Weinheim: bei der amtlichen Fürsorgestelle in Weinheim (Gasthaus Goldener Bock) am 25. und 26. Oktober von 8 vorm. bis 12 mittags und von 2-4 nachm. C. Für die Rentempfänger des Amtsbezirks Sinsheim: 1. auf dem Rathaus in Sinsheim am 25. und 26. Oktober von 11 vorm. bis 4 nachm. 2. auf dem Rathaus in Walldorf am 25. und 26. Oktober von 10 vorm. bis 4 nachm. Die Bürgermeisterämter werden ersucht, diese Bekanntmachung umgehend in ortsüblicher Weise bekannt zu geben. Wer die Rentenbeträge nicht abhebt, erhält sie auf Postfach durch die Post nach den Zahltagen ausgezahlt. Versorgungsamt Heidelberg: gez. Hülsemann.

Advertisement for Kukirol medicine, featuring an image of a person and text describing its benefits for various ailments.

Advertisement for HAPAG (Hamburg-Amerika Line) shipping services, including routes to America, Africa, and Asia.

Advertisement for Stempel und Klichees (stamps and clichés) by G. Becker, offering various printing services.

Large advertisement for White Star Line and American Line shipping services, listing ship names and routes.